

sein Name fehlt noch in den Listen zum roten Volksbegehren!

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klotten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Verantwortlich für Ostdeutschland: Otto Gabel, Dresden; für Westdeutschland mit Ausnahme der Auslandskorrespondenz: Otto Gabel, Dresden; für Westdeutschland: Karl Weiser, Berlin; für Ostdeutschland: Otto Gabel, Dresden; für Westdeutschland: Karl Weiser, Berlin; für Ostdeutschland: Otto Gabel, Dresden; für Westdeutschland: Karl Weiser, Berlin.

Jahrgang Dresden, Mittwoch den 9. Dezember 1931 Nummer 201

## Brünings neue Notverordnung

# Ausnahmezustand über ganz Deutschland!

Brüning holt die „äußersten Reserven“ zur Rettung des Kapitalismus. 750 000 Rentnern wird die Rente entzogen. Versammlungs- und Uniformverbot, Abzeichen dürfen nicht getragen werden. Die SPD will die Brüning-Regierung nicht weiterhin tolerieren. Formiert die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnabbau und politische Unterdrückung.

Die angekündigte große Notverordnung der Brüning-Regierung ist gestern abend vom Reichspräsidenten in Weimar unterzeichnet worden. Eine Stunde später wurde sie durch den Reichsfinanzminister Brüning in der bürgerlichen Presse übergeben und um neun Uhr machte der Reichsfinanzminister die wesentlichen Grundzüge seiner Notverordnung bekannt.

Die neue Notverordnung, die 46 Seiten stark ist, übertrifft in ihren Maßnahmen noch alle Ankündigungen. Die einzelnen Bestimmungen als „Serauchen der äußersten Reserven“ bezeichnet, ist es in Wirklichkeit viel mehr. Durch die Bestimmungen der neuen Notverordnung wird die Not und der Hunger für Millionen werttätiger Deutscher ins Unerträgliche gesteigert; aber den Kampfwillen der Massen kann auch die neue Notverordnung der Brüning-Groener-Regierung nicht brechen.

Noch fester als bisher schließen sich die Werttätigen zur roten Einheitsfront gegen Not und Reaktion, gegen Kapitalismus und kapitalistischen Bankrott zusammen und kämpfen unter der Führung der Kommunistischen Partei die roten Selbsthilfsforderungen der KPD, für Freiheit, Arbeit und Brot, für den Sozialismus.

### Lohnsenkung auf den Stand von 1927

Löhne und Gehälter werden auf den Stand von 10. Januar 1927 gekürzt. Die Beamtengehälter werden ab 1. Januar um 10 Prozent gekürzt. Da aber die Tariflöhne und nicht die tatsächlich gezahlten Löhne von 1927 zur Grundlage genommen werden, bedeutet die Verordnung praktisch eine Senkung auf den Stand von 1923. Wichtig ist noch, daß die Lohnsenkung gleichzeitig mit der „Preissenkung“ erfolgen soll.

### 2 Jahre keine Betriebsratwahlen mehr

Nach der Notverordnung wird die Regierung ermächtigt, die Wahlperiode der jetzt amtierenden Betriebsräte bis Ende 1933 zu verlängern.

### Preis- und Zinssenkung

Die Kartell- und Innungspreise sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Die Gütertarife der Reichsbahn und der bayerischen Betriebe sollen gekürzt werden. Diese Maßnahmen sind ausschließlich zu Lasten der Reichsbahn- bzw. bayerischen Arbeiter. Die Senkung der Mietmieten um 10 Prozent und der Nebenkosten um 15 Prozent fällt bei dem ungeheuren Anstieg der Mieten überhaupt nicht ins Gewicht. Die Zinsen für alle öffentlichen Anleihen werden von 8 auf 6 Prozent herabgesetzt. Durch die Kürzung der Zinsen werden zahlreiche Sparpläne gefährdet. Für rückständige Zinszahlungen werden, wie bisher, 120 Prozent jährlich, sondern nur noch 12 Prozent gezahlt.

### 2,5 Prozent Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer wird allgemein auf 2 Prozent erhöht. Die Ausnahme von Getreide und Brot. Bei Betrieben mit einem Umsatz von mehr als 1 Million Jahresumsatz wird jedoch eine Umsatzsteuer von 2,5 Prozent gefordert.

### 50 000 Rentnern wird die Rente entzogen

Für die Invalidenrentner wird bestimmt, daß die bisherigen Leistungen weggelassen, davon werden 50 000 Rentner betroffen. In der Unfallversicherung werden alle kleinen Renten bis zu 20 Prozent gekürzt, wodurch 400 000 Unfallrentner in Zukunft ohne Rente sind. Die anderen Rentenjahre werden entsprechend gekürzt.

### Millionen für Großgrundbesitzer

Die Vermögensnotverordnung wird in ihren wesentlichen Teilen auf das ganze Reich ausgedehnt. Dadurch brauchen die über die Ohren verschuldeten Großgrundbesitzer im Westen und Süden ihre Schulden und Zinsen nicht mehr zu zahlen.

### Verbot von Uniformen und Abzeichen

Für das ganze Reich ist ein generelles Uniformverbot erlassen worden. Danach ist auch das Tragen von Parteiflaggen, den KPD usw. verboten. Verboten ist ferner das Tragen von Abzeichen politischer Partei, also auch der SPD und des Reichsbanners. Ferner ist verordnet, daß jede Schulung und Schulungswahl anmeldspflichtig ist.

### Schnellgericht gegen Beamtenbeleidigung

Die bestehenden Beleidigungsparagraphen werden abgeändert als öffentlich erklärt. Die Beleidigungsprojekte werden als öffentlich erklärt.

werden vor dem Schnellrichter geläutert. Der Umfang der Verweisannahme ist ganz in das Ermessen des Richters gestellt.

### Ab heute Ausnahmezustand

Der angekündigte Weihnachtsburgfrieden tritt bereits ab heute in Kraft und dauert bis zum 3. Januar. Faktisch bedeutet dieses den im Rundfunk angekündigten Ausnahmezustand.

Brünings neue Notverordnung verhängt über Deutschland den Ausnahmezustand. Jede Seite dieser Notverordnung ist

### Gabotage gegen rotes Volksbegehren!

Eine Stunde Weg zum Einzeichnungslokal in Freital. Einzeichnungslokal nur zwei Tage in der Woche geöffnet. Keine Kartei vorhanden.

Die Dresdner Unterbezirksleitung der Kommunistischen Partei übermittelte uns Abschriften einer Anzahl Beschwerden an die Amtshauptmannschaft Dresden, die eine zusammengeordnete Ueberprüfung über unerhörte Sabotageakte von Gemeindebehörden gegen das rote Volksbegehren gewähren. In Dölitzsch bei Dresden, Ortsteil Roßthal sind zur Einzeichnung lediglich 2 Tage während der ganzen Laufdauer des Volksbegehrens, und zwar Sonntag, der 6. Dezember von 9 bis 12 Uhr und Mittwoch, der 9. Dezember von 16 bis 19 Uhr festgesetzt. In der betreffenden Einzeichnungsstelle sind keine Wählerlisten und keine Kartei vorhanden. Bei jedem Einzeichnenden muß der Beamte die Personalangabe auf telephonischem Wege durchzuführen.

Am 6. Dezember sandten die Wähler, daß sie sich überhaupt nicht einzeichnen konnten, weil das Telefon entwei war, und eine Wählerliste nicht vorhanden ist.

Im Freitaler Gebiet ist die Sabotage ganz besonders auffällig. In ganz Freital gibt es nur 3 Einzeichnungslokale. Die Einwohner des Stadtteils Burgl müssen eine Stunde nach Deuben laufen, um sich einzuschreiben. Das gleiche gilt für die Stadtteile Janderode und Niederhöflich. Eine direkte Propagation stellt die Freisetzung der Einzeichnungszeiten dar. An drei Tagen in der Woche wird von 8 bis 16 Uhr, am Freitag von 8 bis 18 Uhr, am Sonnabend von 8 bis 13 Uhr und am Sonntag von 10 bis 12 Uhr eingezichnet. Die Bewohner fordern selbstverständlich Einzeichnungszeiten bis 20 Uhr, da Freital eine ausgesprochene Arbeiterwohnortsgemeinde ist. Die Gemeinde Radeburg hat sich ein ähnliches Bild geleistet. Dort sind die Einzeichnungszeiten von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr. Arbeiter, die außerhalb Radeburgs beschäftigt sind, sind also außerstande, einzuschreiben zu gehen.

In Schönfeld bei Pillnig sind die Einzeichnungszeiten Bodentags von 17 bis 19 Uhr, während Sonntags überhaupt keine Möglichkeit besteht, sich einzuschreiben. Eine Gipsleistung stellt die Lage in der Gemeinde Krüsdorf bei Pillnig dar. Dort verweigert der Bürgermeister die öffentliche Bekanntgabe des Lokals und der Einzeichnungszeit. Aber auch in Dresden ist die Zahl der Einzeichnungslokale so knapp bemessen, so daß z. B. in Stehsch die Wähler über eine halbe Stunde Weg haben, um zu dem Einzeichnungslokal in Kenntnis zu gelangen.

Diese Beispiele behördlicher Sabotage gegen das rote Volksbegehren fordern zu schärfstem Protest und öffentlicher Anprangerung der Verantwortlichen heraus. Es ist bezeichnend, daß, wie das Freitaler Beispiel zeigt, die Saboteure sich zum großen Teil aus örtlichen SPD-Führern zusammensetzen die mit solchen Methoden den Kampf um die Erhaltung des Schickregimes zu führen versuchen. Wenn die Dresdner Volkszeitung gestern wieder in ihrer feindseligen Art das Volksbegehren als eine „faschistische Angelegenheit“ hinzustellen versucht, und sich über die Propaganda der Arbeiterstimme für das rote Volksbegehren erhebt, so zeigt das deutlich genug, woher die Saboteure ihre Anregung beziehen.

### Dresden hat 20 000 überschritten

Es zeichneten sich in die Listen zum roten Volksbegehren am Dienstag ein:

in Dresden	3783, zusammen 20 100
in Chemnitz	6657, zusammen 37 000
in Leipzig	2483, zusammen 14 992

Aufholen, Dresden! Chemnitz hat noch die Spitze! Steigert die Werbung! Erkämpft tägliche Steigerung der Einzeichnungszahl!

ein Angriff auf die Lebenshaltung der werttätigen Massen. Die letzten kümmerlichen Reste der Sozialpolitik der einstmaligen Sozialdemokratie so gefeierten Errungenschaften des Jahres 1918 sind beseitigt. Tarifverträge gibt es nicht mehr. Uniformen und Abzeichen bedrohen die Sicherheit des Staates und der Weihnachtsburgfrieden, der ab heute vorläufig bis zum 3. Januar sämtliche Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen verbietet, ist ein deutliches Eingeständnis für die völlige Unfähigkeit der Brüning-Groener-Regierung mit „normalen“ Mitteln zu regieren.

In dieser Situation wagt es die Sozialdemokratie die Notverordnungregierung Brüning-Groener auch weiterhin zu tolerieren. Im gestrigen Leitartikel des Zentralorgans der SPD, im Vorwärts, wird die Brüning-Notverordnung schamhaft folgendermaßen kommentiert:

„Allerdings wird die neue Notverordnung ein so umfangreiches und kompliziertes Dokument sein, daß ein gründliches Studium notwendig sein wird, um ihren Inhalt zu erfassen.“

Zwar reden die SPD-Führer jetzt von „Opposition“ und von „Widerstand“. Leipart, der Vorsitzende des reformistischen Gewerkschaftsbundes hat „logar“ einen Brief an Brüning geschrieben und führt das alte betrügerische Manöver der SPD-

Nach Mitteilung des sächs. Innenminist. Versammlungen für das rote Volksbegehren statt! finden die für heute abend angekündigt.



Führer durch, um den Massen Sand in die Augen zu streuen. Daß diese Opposition nur überlitterter Theaterdonner ist, plaudert jetzt die wohlinformierte bürgerliche Presse aus.

Die Berliner Börsenzeitung schreibt unter anderem: „Man hält es in gut unterrichteten politischen Kreisen jedenfalls nicht für ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten zwar laut und vernehmlich erklären werden, daß sie die Notverordnung ablehnen, dem Kabinett jede weitere Unterstützung verweigern und in die uneingeschränkte Opposition übergehen, daß sie dann aber hinzuzufügen werden, sie hielten es „mit Rücksicht auf die schwebenden außenpolitischen Verhandlungen“ für zweckmäßig, zunächst auf eine Einberufung des Reichstages zu verzichten und die parlamentarische Entscheidung über die neue Notverordnung und das Schicksal des Kabinetts Brünings auf einen späteren Zeitpunkt, beispielsweise auf Anfang Januar zu verschleppen.“

Zweck eines solchen Wanders wäre zweifellos, es der Sozialdemokratie zu ermöglichen, einestells gegenüber ihren eigenen unzufriedenen Anhängern das Gesicht zu wahren, sich also ganz so zu gebärden, als ob die Tolerierungspolitik zu Ende und die SPD in die härteste Opposition übergegangen sei, andererseits aber das Kabinett praktisch doch weiter zu tolerieren und, zunächst wenigstens, alle peinlichen und gefährlichen Konsequenzen des angeblich effektiven in Wirklichkeit aber nur fingierten Bruches zu vermeiden.“

Wenn die sozialdemokratischen Führer glauben, daß die werktätigen Massen warten, bis die Wels, Tarnow, Breitheid und Severing mit dem Studium der Notverordnung fertig sind, so haben sie sich getäuscht.

Die Brüningsche Notverordnung, die faktisch den Ausnahmezustand über Deutschland verhängt, hat für Sachsen deswegen eine besondere Bedeutung, weil ja damit der kommunistischen Partei jede Möglichkeit genommen ist, Agitation und Propaganda für das rote Volksbegehren zu machen.

Auf eine Anfrage an das Innenministerium Sachsens wurde uns mitgeteilt, daß heute noch sämtliche Versammlungen, die angeündigt sind, stattfinden können, aber ohne Zweifel plant das sächsische Ministerium mit aller Konsequenz die Notverordnung im bezug auf Versammlungsverbote auch hier in Sachsen durchzuführen. Das würde heißen, daß die letzten traurigen Ueberreste der Verfassung verschwunden sind, daß es heute nicht einmal mehr möglich ist, auch die in der Verfassung festgelegten Wahlen und Volksbegehren durchzuführen.

Diese Notverordnung kommt dem Schick-Kabinett sehr gelegen. Aber das werktätige Volk Sachsens wird jetzt erst recht das rote Volksbegehren der kommunistischen Partei unterstützen. In gemeinsamer und geschlossener Front marschieren die Werktätigen Sachsens gegen Schickdittatur, Faschismus und sozialdemokratischen Arbeitererrat unter der Führung der kommunistischen Partei.

### Jugendfundgebung in Dresden

Fort von Hitler und Wels — Her zur roten Einheitsfront!

Die gestrige Jugendfundgebung gegen Hitler und Wels, für die rote Einheitsfront nahm einen glänzenden Verlauf. Unter lärmlichem Beifall sprachen im großen Saale des Reglerheims der ehemalige Hitler-Jugendführer Böhme und der Dresdner Reichslanddelegierte der Dresdner SAJ Dulliet, Neustadt, für das Bündnis der proletarischen Jugend unter revolutionärer Führung im Kampf um die Forderungen der arbeitenden Massen gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht, für den Schutz der Sowjetunion des Vaterlandes aller Werktätigen.

Ein Vertreter des Zentralkomitees des Jugendverbandes forderte in zündender Ansprache die Dresdner arbeitende Jugend zum Kampf für den Sieg des roten Volksbegehrens in Sachsen auf. Eine Anzahl Ausnahmen für den kommunistischen Jugendverband und für die Partei wurden gemacht.

### Die Wirkung der Klötzner-Briefe

## Klötzner entlarvt die Nazi-Lügen

Unseren Lesern sind durch die Bezirksleitung der KPD als Antwort auf die widerliche Nachahmung des Klötzner und seiner Söhne, als von den Nazis gelaufenen Gesinnungslumpen, veröffentlichte Original-Klötzner-Briefe, die bei jedem Parteifunktionär zum Preise von 2 Pfennig erhältlich sind, in bester Erinnerung. Zeigte es sich doch, welche sich widersprechenden Schwindereien von diesen Subjekten über die Sowjetunion verbreitet werden und zu welchen Schandtaten diese von der Knüttelgarde des Kapitals ausgehaltenen Elemente fähig sind.

Die von uns herausgegebenen Klötzner-Briefe verdienen angefaßt dessen, daß der junge Klötzner gerade jetzt wieder in ganz Sachsen als Nazireferent herumreißt und die gemeinsten Lügen über die Sowjetunion verbreitet, die stärkste Beachtung. Welche Wirkung diese Briefe in der Öffentlichkeit herzurufen, zeigt sich in einem Briefe, den Klötzner sen. an unsere Ortsgruppe Freiberg gerichtet hat und den wir nachfolgend im Original wiedergeben.

Die Ortsgruppe der KPD Freiberg hat der Bezirksleitung Sachsen den Brief des nationalsozialistischen Agitators Klötzner zugestellt. Die Bezirksleitung Sachsen hat vor wenigen Tagen die Originalbriefe der Klötzners aus der Sowjetunion herausgebracht um damit die Gesinnungslumperei sowohl des Klötzners als auch der nationalsozialistischen Agitation im allgemeinen dokumentarisch zu beweisen. Die Bezirksleitung hält es daher auch nach diesem Brief Klötzners für angebracht, der Öffentlichkeit selbst eine Erklärung zu diesem Briefe zu geben.

Die Erklärung von Klötzner, in der er seinen Austritt aus der NSDAP ausspricht und seine Vorwürfe gegen die NSDAP in bezug auf ihre verlogene Agitation, ist nur die Folge der Tatsache, daß Klötzner sich durch die Herausgabe der Klötznerschen Originalbriefe als Gesinnungslump und Betrüger enttarnt sieht und nun einmal keine Möglichkeit mehr sieht, bei den Nazis für seine schmutzige Agitation Geld zu verdienen und wahrscheinlich noch im letzten Augenblick bei den faschistischen Arbeitern um gutes Weiter bitten möchte. Die Kommunisten

# Geprügelte Hunde bellen!

## Angstgeschrei der Dresdner SPD-Führer über die Erfolge der kommunistischen Einheitsfront mit sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern

Immer, wenn eine neue sozialdemokratische Gemeinheit, ein neuer Akt des Arbeiterverrats der SPD vertuscht werden soll, fangen die SPD-Führer an zu schimpfen und gegen die KPD zu hetzen. Die Dresdner Volkszeitung wußte, daß die Einheitsfront von SPD-Franke bis Nazi-Klinge im Dresdner Rathaus bei den Werktätigen in ganz Ostachsen einen einzigen Sturm der Empörung hervorzurufen würde. Um abzulenkeln von diesen Schandtaten der nationalsozialistisch-sozialdemokratischen Einheitsfront veröffentlicht die Dresdner Volkszeitung in ihrer gestrigen Ausgabe ein armseliges Geschreibsel, einen von Lügen und Verleumdungen strotzenden Artikel mit der Ueberschrift „Kommunistische Affenshau!“.

In diesem Artikel wird von einem Gegenatz zwischen der Führung der kommunistischen Partei Deutschlands und dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale geseilt. Auf dieses alberne Gerede einzugehen, verlohnt sich nicht. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens.

Weiter heißt es in diesem Artikel, daß die KPD Bedingungen stelle zur Bildung der Einheitsfront, und wörtlich schreibt die Dresdner Volkszeitung dann:

„Zu diesen Bedingungen gehören: Streik gegen jede weitere Lohnsenkung, Bildung gemeinsamer Kampfausschüsse, Aktionen gegen die Massennot. Wer die kommunistische Wahnsinnsakt der letzten Jahre kennt, der weiß, was das befragen soll, der weiß auch, daß die ganze Harzburger Front seit langem auf wilde Aktionen wartet, um das Vaterland „vor dem Bolschewismus zu retten.“

Wer wundert sich darüber, daß die Tante vom Wettinerplatz der Meinung ist, daß Streiks gegen Lohnsenkung, daß Aktionen gegen die Massennot, daß politische Streiks gegen den faschistischen Arbeitermord „wilde Aktionen“ seien? Diese „wilden Aktionen“ können die SPD-Führer natürlich nicht mitmachen. Sie sind gegen Streiks und gegen den Kampf zur Niederwerfung des Faschismus, aber sie sind für Brünning, für Schick und zwangsläufig auch für Hitler.

Einige Zeilen später schreibt die Dresdner Volkszeitung mit eiserner Stirn, mit kaum zu überbietender Frechheit:

„Während die Sozialdemokratie für das Zusammengehen von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gegen den gemeinsamen Feind keine Bedingungen stellt und bereit ist, tatsächliche Gegenätze bis zur Niederwerfung der faschistischen Gefahr zurückzustellen, ist die KPD dazu nicht bereit und sabotiert alle Bemühungen zu gemeinsamem Zusammengehen mit den dümmsten Manipulationen. Das ist wert, in den Betrieben angeklebt zu werden!“

Tawohl, das könnte ihnen so passen, daß die Arbeiter jetzt vergessen würden, was die sozialdemokratischen Führer seit dem Jahre 1918 in Deutschland gegen das werktätige Volk durchgeführt haben. Jeder ehrlich denkende Arbeiter weiß doch, wer

die Einheitsfront sabotiert und es gibt wohl keinen denkenden Proletarier in Sachsen, der sich von diesem Geschreibsel der Dresdner Volkszeitung verwirren läßt.

Will man etwa leugnen, daß die Dresdner SPD-Führer ihren Betriebsarbeitern verlogen hat, mit den KPD- und NSDAP-Kollegen gemeinsame antisowjetische Betriebswehren zu bilden?

Daß die Sozialdemokratie auch Hitler tolerieren wird, was die Dresdner Volkszeitung nicht abzustreiten wird, was das zugleich, greift sie zu einem der niederträchtigsten Manöver, Sie schreibt:

„Wissen Thälmanns Streifen noch nicht, daß es bei uns die linke Flügler der SPD ist, der schon lange fordert, die KPD an die Verantwortung zu lassen?“

Damit will die Bürgertante vom Wettinerplatz offenbar beweisen, daß eigentlich die gesamte Sozialdemokratie für die Tolerierung Hitlers ist; daß solche „linken“ Führer wie Schick, die sogenannte Abnutzungstheorie gegenüber der NSDAP in Anwendung bringen wollen, ist ja bekannt. Diese „linken“ Opportunisten der Praxis gleichzustellen mit den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern — das ist die Absicht der Dresdner Volkszeitung! Aber die Klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter die heute noch das Mitgliedsbuch der SPD in der Tasche haben hören den Ruf des Führers der kommunistischen Partei, der in einem Appell an das werktätige Volk in Deutschland folgendes sagt:

„Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, Schickter an Schulter mit uns zu kämpfen. Wir machen ihnen diesen Einheitsfrontvorschlag in ehrlicher, brüderlicher Absicht. Wir reichen ihnen aufrichtig und kameradschaftlich unsere Hand. Wir stehen ihnen zur Seite in ihren täglichen Kämpfen und Kämpfen. Wir vergessen niemals einen Augenblick, daß sie unsere Klassenbrüder sind, die genau so leiden und ausgebeutet sind, wie alle Arbeiter in Deutschland. Deswegen schließen wir mit ihnen gemeinsam die rote Einheit.“

Wir fordern nicht von ihnen, daß sie sich von heute an morgen plötzlich in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Судийel anerkennen und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eines von ihnen: Daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen!“

Die SPD-Führer werden niemals gegen den Klassenfeind kämpfen, aber sie bellen wie geprügelte Hunde, wenn sie sehen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich einreihen in die rote Klassenfront.

Die SPD-Arbeiter befolgen den Appell des Genossen Thälmann und werden sich auch von den gefährlichsten und widerträchtigsten Schimpfkanonaden der Dresdner Volkszeitung davon abhalten lassen.

## Rote Wahlfiege in Württemberg

Stuttgart, 9. Dez. (Eig. Draht.)

Die Berichte aus Industriekreisen des Württemberger Landes zeigen zum Teil glänzende rote Wahlfiege der kommunistischen Partei und sind bedeutend besser als das Stuttgarter Ergebnis. In zahlreichen Stellen ist unsere Partei nicht nur in die Reihen der Sozialdemokratie, sondern auch der Brünningpartei in breiter Front eingebrochen.

Die hohen Stimmzahlen ergeben sich aus einem besonderen Wahlsystem in den württembergischen Städten, wonach die

Stimmzahl für sämtliche Kandidaten zusammengezählt wird. Der Erfolg in Ehlingen hängt aufs engste mit dem der unter revolutionärer Führung andauernden Lederarbeiterstreik zusammen. In Murlingen hat die KPD mehr Stimmen gewonnen, als die SPD verloren hat. In Ravensburg ging das Zentrum von 6 auf 4 Sitze zurück und verlor 4600 Stimmen.

Ehlingen a. Neckar: KPD 76 297 (37 379), 4 Sitze; SPD 66 740 (92 191), 3 Sitze; Christlicher Volksdienst 17 000 kein Mandat; Deutschnationale 14 600 1 Sit; Deutsche Demokraten 19 753 1 Sit; Deutsche Volkspartei 20 833, 1 Sit; Der Wirt 22 398 1 Sit; Nazis 64 446 3 Sit; Zentrum 17 263 1 Sit (Die Zahlen in Klammern sind das Ergebnis der Wahl von 1928.)

Murlingen: KPD 1335 (927) 3 Sitze; SPD 305 (472) kein Sit; Nazis 661 (497) 1 Sit.

Schweningen: KPD 3 Sitze; SPD 3 Sitze; Nazis 3 Sitze (Nazis machten Listenverbindung mit den Bürgerlichen). Neulingen: KPD 1902 (1864), 1 Sit; SPD 457 (689) 4 (6) Sitze; Deutschnationale 330 (1065); Nazis 141 (1134) 2 Sitze (Listenverbindung). (Die Zahlen in Klammern sind das Ergebnis der Wahl von 1930.)

Ravensburg: KPD 14 449 (1928); 2562).

Schwäbisch-Gmünd: KPD 2 Sitze (vorher keinen); SPD keinen Sit; Nazis 2 Sitze; Christlicher Volksdienst 1 Sit; Zentrum 6 Sitze.

Die Nazis standen vielfach mit den Bürgerlichen auf einer Liste und gingen Listenverbindungen mit ihnen ein.

## KPD fordert Einberufung des Reichstages

Wird die SPD wieder Brünning retten?

Die kommunistischen Mitglieder des Reichstagesrates haben am Dienstag, dem 8. Dezember, beim Präsidenten Löbe die Einberufung des Reichstagesrates für Freitag, den 11. Dezember, beantragt, für Stellungnahme zum Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Einberufung des Reichstages für Dienstag, den 15. Dezember. Als Tagesordnung haben sie vorgeschlagen:

1. Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, der Notverordnung über die Zollermäßigungen vom 1. Dezember 1931 in Verbindung mit einer finanz- und wirtschaftspolitischen Aussprache.
2. Außenpolitische Aussprache, dabei im besonderen Stellungnahme zum japanisch-chinesischen Krieg und Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund.
3. Erklärung des Reichsinnenministers Groener zu den heillosen Morddokumenten.

## 5 060 000 Arbeitslose

Am 1. Dezember betrug die Zahl der gemeldeten Erwerbslosen 5 060 000, das bedeutet eine Zunahme in der zweiten Novemberhälfte um rund 120 000 Erwerbslose. Fast die Hälfte aller Erwerbslosen erhalten nur noch Wohlfahrtsfürsorge oder gar keine Unterstützung mehr. Voll unterstützt werden nur noch 1 363 000 Erwerbslose.

Mit der Erwerbslosenziffer vom 1. Dezember ist der bisherige Höchststand der Arbeitslosigkeit in Deutschland überschritten.

Bezirksleitung Sachsen der KPD.

Freiberg den 27. November 1931.  
An die Ortsgruppe der K. P. D. Freiberg.  
Liederkreis der K. P. D. Freiberg.  
Herausgeber, freundlich per Post von der Gaubehörde  
Sachsen nun 27. Oktober 1931 per Post zurück geschickt.  
Zustimmen ich auf meine ganze Partei Hauptversammlung  
mein partei, von Ihnen politisch, was die abgeblieben sind  
sowjetisch. Auf andere bin ich zurückgekommen (freierwillig  
als Mitglied der K. P. D. S. P. der obliegenden Freiberg).  
weil ich anerkennen, daß die Entscheidung der K. P. D.  
S. P. und Ligen operiert, sind auf ganz genau  
Einfache, und was für die K. P. D. bestätigt.

Respektvoll  
Friedrich Oskar Klötzner,  
Landschuhmacher,  
Freiberg, i/Sa. Gabelbergstr. 39.

haben den Klötzner in allen Versammlungen und in allen ihren Agitationsmaterialien als gelaufte Gesinnungslumpen gebrandmarkt. Der neuerliche Brief des Klötzners ändert an diesem Urteil gar nichts, sondern bestätigt nur, daß Klötzner jeden Tag bereit ist, eine neue Gesinnungslumperei zu begehen.

Wenn Klötzner mit seinem Brief den Zweck verfolgen sollte, sich bei der Klassenbewußten Arbeitererschaft wieder anzubiedern, so stellt die KPD fest, daß solche schmutzigen Elemente wohl in der NSDAP Platz und Verwendung finden können, aber im Lager der Klassenbewußten Arbeitererschaft und den Organisationen der Arbeiterbewegung nichts zu suchen haben. Von vornherein ist daher jeder Versuch der Anbiederung Klötzners an die Arbeiterbewegung zwecklos, da die revolutionären Organisationen im Interesse proletarischer Sauberkeit ihre Reihen vor dem Eintritt solcher unsauberen Elemente bewahren und sie den Nationalsozialisten überlassen, zu denen sie ihrer ganzen inneren Einstellung und ihrer Gesinnung nach gehören.



# Hitler als Haustnecht der Tributgläubiger

## Die internationale Kapitalistenpresse begrüßt Hitlers Bekenntnis zur Youngpolitik

Hitlers Erklärungen vor den Berliner Vertretern ausländischer Zeitungen und die Liebesbeteuerungen des Trabanten Rosenberg in London an die Adresse des schändlichen Imperialismus finden ihr Echo in allen Ecken des In- und Auslandes.

Fast übereinstimmend geben die englischen, amerikanischen, französischen und deutschen Bourgeoisblätter der Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß Hitler die Privatsünden deutscher Unternehmer an das Ausland anerkennt, sich auf eine Erfüllungspolitik stellt, den Young-Kurs innenpolitisch verstärkt und zur imperialistischen Einheitsfront gegen die Sowjetunion bereit ist.

### Hitlers Außenpolitik — Brüning's Außenpolitik

Das deutsche Regierungsbüro, Brüning's „Germania“, hat Hitler mit folgenden Worten:

Seine Erklärungen sind allerdings so, daß man sich fragen muß, wo denn eigentlich die großen revolutionären Kampfsätze des Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Außenpolitik geblieben sind. . . . Was in diesen an das Ausland gerichteten Erklärungen von dem außenpolitischen Programm der Nationalsozialisten übrig blieb, das waren laute Regalitäts-Erklärungen, das war ein fast beiseitegeschobenes Bekenntnis zu einer revisionistischen Außenpolitik mit eben jenen Mitteln, wie sie der friedliche Revisionismus immer zu benutzen pflegt.

Auch der großkapitalistische „Börse-Courier“ kann sich nicht entschließen, zwischen den Brüning'schen von den Sozialisten geführten und der Hitler'schen Linie der Außenpolitik zu unterscheiden. Das Blatt schreibt:

Was Hitler aber an außenpolitischen Formeln vorträgt, unterscheidet sich wenig von den heute in Deutschland allgemein gültigen, geradezu von allen Parteien (mit Ausnahme der kommunistischen, Red. der „N. F.“) vertretenen Überzeugungen. . . .

Auch was Hitler sonst an außenpolitischen Grundsätzen sagt, weicht von den Zielen der offiziellen deutschen Politik in keiner Weise ab.

### SPD. wird auch Hitler tolerieren

Der „Vorwärts“ erkennt an, daß das Hitler'sche Programm sich seiner eigenen und der Brüning'schen Linie der Außenpolitik nicht unterscheidet, geradezu von allen Parteien (mit Ausnahme der kommunistischen, Red. der „N. F.“) vertretenen Überzeugungen. . . .

Die englischen Finanzzeitungen erklären übereinstimmend, daß die Erklärungen erregten keinerlei Besorgnis für eine Änderung der Außenpolitik bei einer etwaigen Vereinnahmung des In- und Auslandes.

Die „Times“ betont, es sei bemerkenswert, daß Hitlers Bekenntnis über die Außenpolitik und auch zum Teil über die Innenpolitik mit der von Brüning schon seit langem geführten und verfolgten Politik übereinstimmen.

„Reynolds News“ erläutert die Mission des Herrn Rosenberg dahin, daß er den englischen Bankiers im einzelnen die Linie Hitlers zur Sicherstellung der privaten Schuldenpflichtungen erläutert und deren Zustimmung erhalten wird.

### Hitler kennt nur einen Feind: Moskau

Hoher Jubel herrscht in der englischen bourgeois Presse über die Erklärungen des Reichs Kommissar: Die Weltfriede ist in

erster Linie auf den Bolschewismus in Rußland zurückzuführen, und England und Deutschland müßten Hand in Hand gegen den Bolschewismus arbeiten. Die Blätter heben in diesem Zusammenhang hervor, daß Rosenberg „ernste Betsprechungen in dem konservativen Carlton- und dem Junior-Carlton-Club gepflogen habe, deren Mitglieder an der russischen Frage (!) stark interessiert seien.“

Die Zeitung „Sunday Graphic“ bringt in diesem Zusammenhang ein neues Interview mit Hitler, dessen Kernsatz lautet:

## Baseler Reparationskonferenz eröffnet

### Vorbereitung eines neuen Komplotts gegen die wertfähigen Massen Deutschlands

Basel, 8. Dezember. Gestern vormittag trat der „Beratende Sonderausschuß“ der „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ (BZ-Parationsbank), der auf Grund der Urträge der deutschen Reichsregierung vom 19. November einberufen worden war, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Trotz der wochenlangen Vorverhandlungen kam es noch in letzter Stunde zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten, die eine Verschlebung des Eröffnungsprogramms um mehrere Stunden verursachten.

Die Differenzen bezogen sich auf die Wahl des Vorsitzenden und auf die Arbeitsmethoden. Der amerikanische Delegierte Stewart lehnte seine Nominierung ab. Schließlich einigte man sich auf den italienischen Vertreter Beneduce, der dann auch gewählt wurde. Die eigentlichen Arbeiten des Ausschusses werden erst Dienstag beginnen.

Der Ausschuß besteht aus sieben von den Präsidenten der Zentralnotenbanken Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens, Japans und Amerikas ernannten Mitgliedern und vier gewählten „neutralen“ Vertretern. Die Hauptvertreter sind Melchior (Deutschland), Ritt (Frankreich), Lanyon (England), Franqui (Belgien), Beneduce (Italien), Morabito (Japan) und Stewart (USA).

Die Aufgabe des Ausschusses besteht darin, die Wirtschaftslage Deutschlands auf Zahlungsfähigkeit hin zu untersuchen. Innerhalb dieses allgemeinen Aufgabenbereichs aber gibt es ernste Gegenstände im Lager der Gläubiger selbst. Während Amerika und England in erster Linie an privaten Schulden Deutschlands interessiert sind, besteht Frankreich auf die Priorität (Vorzugsbehandlung) der Reparationschulden.

„Der Führer der deutschen Nationalsozialisten betonte die Notwendigkeit einer internationalen Einheitsfront gegen Moskau. . . . An sich hätten die Nationalsozialisten keine französischenfeindliche Politik.“

Hitler braucht nur die Linie der von den Sozialdemokraten tolerierten, der von den Sozialdemokraten für das „kleinere Uebel“ hingestellten Brüning-Politik weiter zu verfolgen, denn — es ist bereits eine faktische Linie!

Der Arbeiter, der gegen die Hitler'sche Politik kämpfen will, muß SPD- und Brüning-Politik bekämpfen.

Der französische Ministerpräsident hat in letzter Zeit wiederholt mit aller Schärfe betont, daß Frankreich unter allen Umständen am Young plan festhalten werde und eine Diskussion über die Zahlung der sogenannten „ungelöschten“ Teile der Reparationen nicht zulassen werde. Die anderen Gläubiger behaupten mit Recht für sich ernste Nachteile, wenn Frankreich sich bestimmte Vorrechte vorbehält.

Auf dem Hintergrunde der sich vertiefenden Krise werden die Baseler Verhandlungen die Interessengegenstände verschärfen. Jedes beliebige Kompromiß aber wird mit doppelter Schwere die arbeitenden Massen Deutschlands treffen. Was in Basel verhandelt wird, ist nicht eine Erleichterung des Schuldendrucks, der auf dem wertfähigen Teile Deutschlands lastet, sondern ein neues Komplott zur Verschärfung dieses Druckes und zur Verstärkung der Knechtung der deutschen wertfähigen Massen.

### Genosse Losowski spricht

#### Die Tagung des Zentralrats der RSD.

Moskau, 7. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach einträgliger Pause setzte heute abend das Plenum des Zentralrates der Roten Gewerkschaftsinternationale seine Arbeiten fort. Der Konferenzsaal bietet ein buntes Bild. Delegierte aus allen Ländern sind vertreten. Zahlreiche Arbeiter aus China, Japan, Korea sitzen neben Engländern, Deutschen, Polen, Tschechoslowaken, Arbeitern aus Chile und Brasilien. Zum erstenmal sind zahlreiche Delegierte aus Spanien vertreten.

Ueber den Präsidiumstisch zieht sich ein breites Transparent hin mit den Slogans: „Revolutionärer — nicht kapitalistischer — Ausweg!“ „Macht die Betriebe zu revolutionären Hochburgen!“ „Erobert die Mehrheit der Arbeiterklasse!“

Genosse Losowski, der Generalsekretär der RSD, hielt ein mehrstündiges tiefgeföhrendes Referat über die Lage der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und ihre Aufgaben im Kampf gegen den Kapitalismus, für die Erämpfung des Sozialismus. In dem Referat schilderte Genosse Losowski die reichen Kampferfahrungen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung aller Länder. Besonderen Beifall rief die Gegenüberstellung der

schärfenden Krise der kapitalistischen Länder und des kümmerlichen Aufstieges des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion hervor.

## Heraus mit Genossen Kuegg!

Schanghai, 7. Dezember. Der Sekretär des Vanpajischen Gewerkschaftssekretariats, Kuegg, und seine Frau befinden sich in höchster Lebensgefahr. Die Kuomintangblätter und die Schanghaier englische Presse führen in den letzten Tagen eine wahnwitzige Kampagne gegen die Vanpajische Gewerkschaftsbewegung mit dem Ziel, eine Vorstrommung gegen Kuegg zu erzeugen. Die führende Schanghaier Kuomintang-Zeitung, das unmittelbare Sprachrohr der Kuomintang, fordert ungestüm den Kopf Kuegg.

Die proletarische Weltöffentlichkeit vernimmt mit Empörung die Nachrichten über das Schicksal der Opfer des Kuomintangterrors. Sie fordert die sofortige Freilassung Kueggs und seiner Gefährtin! Die neueste Kunde aus Schanghai wird den internationalen Massenprotest gegen die Kuomintangherrschaft zu einem Orkan steigern!

ASCHARRER  
Der große Betrug

(Copyright by Kall-Berlin, Berlin-Wien)

Dieser stand in Karls Zimmer. Außer dem Bett war gerade Platz, um sich zu entwickeln. An allen Fenstern waren Gardinen. Margot leuchtete schon über die Umkleekabinen, noch ehe Albert Zeit hatte. Helene beruhigte sie: „Die schreit ich dir, Margot, mach mir's doch nicht übel! — So, nun kommt, tut, als ob ihr beide müdet. Laßt uns erst mal gemütlich Abendbrot essen.“

Albert trat bei Hartmann & Fiebig in Arbeit. Er verdiente nicht viel, und die Arbeit war weniger ungesund und weniger nervig als die in der Fiebigbrennerei. Zwei Jahre später lernte er Karl an Revolverbänken an, und Albert begriff schnell, nach dem weiteren Jahr wurde in der Werkzeugausgabe eine Stelle frei, weil der Betrieb sich vergrößerte. Albert bewarb sich und wurde in Wochenlohn. Er bewährte sich und rückte dann zum Lagermeister auf. Sein Lohn betrug nach zehnjähriger Tätigkeit ein Monatslohn.

Die Zahl der Kinder erhöhte sich, ohne die Fiebiggeburt, auf vier. Nach Erich kam noch ein Junge, der den Namen Heribert erhielt; einige Jahre später wurde ein Mädchen geboren, das Helene benannte. Mutter hatte einige Aufwartestellen, so wurde die „gutehaltene“ Wohnungseinrichtung zusammengetragen. Ein Stück Landenland gab Albert Gelegenheit, wenn auch im beschränkten Umfang, seinen landwirtschaftlichen Neigungen zu huldigen.

Er war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft und glaubte, zu wissen, warum.

Das Leben in Berlin war für ihn leichter als dort, wo man die roten mit den Händen vom Hof jagte. Warum werden die roten gerade dort, wo die verhassten roten nicht sind, so unheimlich gehindert? Für Albert lag hier des Rätsels Lösung auf der Hand. Er verfolgte mit Eifer die steigenden Wap-

erfolge der Partei und die wachsenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Er rannte manchen Sonntag mit Flugblättern treppauf, treppab, und als der Krieg ausbrach, stand Albert auf dem Standpunkt, daß alle Hoffnung auf die große Sache zuhause werden muß, wenn die Feinde siegen. Die „russische Dampfwalze“, die „Karte des Fortismus“, das war doch noch schlimmer als Mariannened!

Karl und Helene versuchten ihm klarzumachen, daß das Proletariat für den Profit hingeschlachtet wird, daß die Partei die Sache des Sozialismus verraten habe und die Arbeiter aller Länder gegeneinander wüten; daß dadurch die internationale Arbeiterbrüderlichkeit im Blut erstickt wird und noch dazu von den Arbeitern selbst. Da bewilligte die Reichsorganfraktion die Kriegsfreibe. „Es geht ums Ganze, um Sein oder Nichtsein“, hieß es. Jetzt war für Albert die Frage endgültig entschieden.

Margot fühlte wieder den Unterschied zwischen Karl und Helene — und Albert. Albert las, was er vorgelesen bekam, und das war seiner Meinung nach immer gut und alles in besten Händen und in bester Ordnung. Daß Karl und Helene in Kurien, in Zirkeln ihre Abende verbrachten, immer und immer wieder von Revisionismus und „Infern“ und „rechtem Flügel“ sprachen, Zeitchriften und Broschüren darüber lasen; das schien Albert weniger wichtig als die Frage, ob die Latten zum Holengerüst an der Laube rechtzeitig gestrichen werden müssen. „Die soll sich lieber ein paar Kinder anschaffen, dann hat sie was zu tun“, sagte er eines Tages. Er meinte Helene.

Karl wurde sofort zum Militär eingezogen. Er wurde dreimal verwundet. Albert rückte 1918 nach Frankreich ab und holte sich einen Bedenkhauf, der sehr schwer heilte. Die Firma teklamierte ihn und er trat, als Garnisonbediensteter, wieder seinen Posten an. Auch Karl wurde, auf Ersuchen Alberts, von der Firma angefordert und arbeitete mit Albert zusammen bis zum Kriegsende, bis zur Revolution.

Was war das, Frieden, Revolution? Das bedeutete für Albert, daß das größte Unheil gekannt war. Er fertigte wieder viel andere Arbeit nachzuholen: die früheren Bargesellen hatten sie abgegeben, weil sie eine Wohnung mit anschließendem Garten bezogen hatten. Doch die Laube war verkommen, der Boden ungepflegt, Blumen und Sträucher verwildert.

Wozu jetzt den Bruderkampf forschen? Wahnwitz! Es gibt keine Wohnungen. Es gibt keine brauchbaren Maschinen. Es gibt

nur bergewirkeltete Eisenbahnen, Lokomotiven, Straßenbahnen. Es gibt Millionen brauchbarer Arbeiterhände weniger. Die Welt wird sich häufen und mit ihr die Nachfrage nach Arbeitern. Nur Ruhe muß erst herrschen. Ruhe! Ruhe und noch mehr Ruhe! Ohne Ruhe und Ordnung kann nichts, gar nichts aufgebaut werden!

Wie oft und eindringlich hatte er das seiner Frau klarmachen versucht. „Der Frieden ist geschlossen. Die Grenzen öffnen sich wieder. Nahrungsmittel kommen herein — wenn das Ausland wieder Vertrauen schöpft.“

Warum ihr das nicht einleuchtet? „Schritt um Schritt muß vorgebrungen, Stein auf Stein gesetzt werden. Das Proletariat muß wie ein Mann hinter seinen Führern stehen. Ein Ruf und es steht auf und weist die Reaktion zurück, wenn es sein muß. Dazu ist Einigkeit notwendig. Einigkeit!“

So sprach Albert Buchner noch in den Tagen, als Karl Viebsnecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden.

### II.

Helene hat ihrem ersten Kinde, das, kaum ein Jahr alt, nach bitteren Tränen nachgewelnt, und sie hatte den sehnlichsten Wunsch, von neuem Mutter zu werden. Daß sie Albert nichts sagte, was sie über ihn und seine Weisheiten dachte, tat sie um Margots willen. Albert und Familie wohnten parterre, Karl und Helene zwei Treppen höher in demselben Hause. Als beide Männer im Krieg waren, fühlten Margot und Helene mehr als zuvor, wie eng sie miteinander verbunden waren.

Helenes Wunsch ging dann im Winter 1918 doch in Erfüllung. Sie gedachte einen Jungen. Sie wollte, sobald der Frühling andröh, einige Wochen in Mariannened verbringen. Es war wohl infolge der Grenzverwirren unsicher, doch Großvater und Großmutter glaubten dennoch, daß Helene und ihr Kind bei ihnen geborgen seien. Auch Karl wünschte es. Er war in den letzten Wochen sehr oft des Nachts nicht nach Hause gekommen, weil er immer befürchten mußte, verhaftet zu werden. Was solche Aufregungen während der Schwangerschaft und dazu der dauernde Hunger vermögen, dafür war ja Lotischen, Margots Ängste mit ihren krummen rachsüchtigen Belüsten, dem margarineblauen Gesicht und dem chronischen, trockenen Husten, bereits genug.

(Fortsetzung folgt.)



## Genosse Edert spricht zu 12000 in Mannheim

SPD-Arbeiter werden zu rotem Einheitskongress gewählt

Der zur SPD übergetretene und von der Kirchenbehörde gemahregelte Pfarrer Edert, Mannheim, erstattete im größten Saale der Stadt seinen Bericht über die Russlandreise, von der er vor wenigen Tagen zurückgekehrt ist. Da der Saal wegen Überfüllung polizeilich abgesperrt werden mußte, wurde eine Parafestversammlung abgehalten, die ebenfalls abgesperrt wurde. 12 000 Menschen nahmen mit großem Jubel den begeisterten Bericht des Genossen Edert vom sozialistischen Wirtschaftsaufbau in der Sowjetunion auf. Für den roten Einheitskongress wurden 39 Delegierte, unter ihnen ein großer Teil Sozialdemokraten, gewählt.

## SPD-Funktionär kommt zur SPD

In Meiningen ist die sozialdemokratische Funktionärin Bella Kul nach zehnjähriger Mitgliedschaft in der SPD zur SPD übergetreten. Sie begründet ihren Uebertritt in einer Erklärung, in der sie mit der arbeiterverräterischen Politik der sozialdemokratischen Führer abrechnet. „Meine weitere Zugehörigkeit zur SPD ist unmöglich.“ Zu diesem Schluß kommt sie und fordert alle SPD- und Reichsbannerarbeiter auf, ihrem Schritt zu folgen und mitzuhelfen an der Bildung der roten Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus.

SPD-Schwindel entlarvt. Die SPD-Presse berichtet, der „frühere SPD-Sekretär und Redakteur“ Willi Bauer alias Buch sei zur SPD übergetreten. Es handelt sich nicht um einen Redakteur, sondern um einen ehemaligen Stenotypisten, der vor sechs Jahren das Vertrauen des Ausgeschlossenen Maslow betrug und seit vielen Jahren als ein korruptes Element aus allen Funktionen der SPD ausgeschaltet war.

## In den Klauen der polnischen Bluthenker Landarbeiter vor das Standgericht

Im Tarnopoler Kreis wurden Ende November Massenverhaftungen unter den Ukrainern durchgeführt. In den Dörfern Dnykow, Krasowice und Tostolow wurden 14 Landarbeiter verhaftet, die beschuldigt werden, einer geheimen ukrainischen Militärorganisation anzugehören. Alle diese 14 Arbeiter kommen vor das Standgericht. Sie haben schwerste Strafen, darunter auch Todesstrafen zu erwarten.

Außerdem wurden in der Umgebung von Mikuniz (Tarnopoler Kreis) 12 Personen verhaftet, die der legalen revolutionären Landarbeiterorganisation „Selros“ angehören. Auch diese 12 Landarbeiter werden dem Standgericht zur Aburteilung übergeben. Sie sind wegen Landesverrat und Spionage angeklagt. Auch diesen 12 Arbeitern drohen die schwersten Strafen, Todesstrafen und lebenslanges Zuchthaus.

## Goll Scheringer systematisch zugrunde gerichtet werden

Zu dreifach vergitterter Zelle untergebracht.

Wie der Roten Hilfe von proletarisch-politischen Gefangenen mitgeteilt wird, gibt der Zustand des Genossen Scheringer, hervorgerufen durch wochenlange Schlägen, zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Genossen, die ihn in den letzten Tagen gesehen haben, berichten, daß er einen hart leidenden Eindruck mache, während er früher frisch und gesund ausah. Trotz dieses Zustandes wird Genosse Scheringer weiter vollkommen isoliert gehalten und befindet sich in einer dreifach vergitterten dampfen Gefängniszelle Ludin und Wendt, die einstigen Mitangeklagten von Scheringer, können unbehelligt von Polizei und Gerichten für den Faschismus agieren. Jeder Arbeiter muß nach dem barbarischen Strafvollzug, dem Scheringer unterworfen ist, zur Ueberzeugung kommen, daß Scheringer körperlich und seelisch ruiniert werden soll, weil er zum Entsetzen der Bourgeoisie und ihrer Staatsgewalt konsequent den Weg vom Rationalismus zum Kommunismus gegangen ist.

Die gesamte werktätige Bevölkerung muß gegen den Scheringer verübten schändlichen Strafvollzug protestieren und den Kampf der Roten Hilfe für die Freilassung der 6000 Gefangenen unterstützen. In allen Betrieben müssen Protestaktionen gegen diesen Strafvollzugsstandbrot angestrengt werden.

## Ehrhardts antibolschewistische Organisation

Berlin, 8. Dezember. (Eig. Mitt.)

Kapitän Ehrhardt hat am Sonntag 20 Vertrauensleute verlammt, um mit ihnen eine faschistische Führerorganisation „Die Gefolgschaft“ zu gründen. Der Bund will sich den „Märtyrern der Massenwerbung“ und „lauten Rufe“ anschließen. Sein Ziel wird durch den programmatischen Satz kund gegeben: „Im Falle einer Staatszerlegung würde der Sieg des Bolschewismus besiegelt sein.“

Es kommt darauf an, im Sturme der Massenbewegung einen festen Block ausgewählter Männer zu bilden.“ Auf demselben steht die neue Organisation in der Frage der Annäherung Frankreich im Gegensatz zur Nazipolitik. Die Geldquellen Ehrhardts sind augenscheinlich die an einer Annäherung an Frankreich interessierten Schwerindustriellen.

Der Faschist Lehmann-Kuhbaldt hat gegen den Reichsminister Groener eine Beleidigungsklage eingereicht, die Groener in seinem Artikel in der DAZ die Faschisten, darunter auch Lehmann, „Staatsverleumder“, „Denunzianten“ genannt. Ob dieser Prozeß durchgeführt wird?

Der Verfasser des heftigen Arbeitermorddokuments, das in Darmstadt von einem Vertreter des Obergerichtes vernommen worden. Verhaftet wird er immer noch nicht.

Die Voruntersuchung gegen den Bankrotteur Andersenbogen ist gestern abgeschlossen worden. Bei kommunistischen „Hochverrätern“ dauert es immer länger.

## Werbt neue Abonnenten!

Rösler & Seemann  
Lebensmittel . Spirituosen

5 Dresden-A. 5  
Friesengasse

Perl. Sultanin 3 Pfund nur 0,95

Guhe Mandeln 2 Pf. 1,20	la perl. Sultanin 2 Pf. 0,95
Reine Mandeln 2 Pf. 1,20	Gelbbelle Sahf. Gall. 0,60
Mandelbrot, süß 2 Pf. 0,50	Perl. Ric. plus Mista 0,90
„ „ bitter 2 Pf. 0,60	Kinderbrot 2 Pf. 0,45
Vanillin 2 Pf. 0,50	Kaffeebohnen 2 Pf. 0,30
Kaffeebohnen 3 Pf. 0,50	Stärke 2 Pf. 1,18
Sirup 2 Pf. 0,50	Sanr. Schmelzwachs 0,50
Orange 2 Pf. 0,50	Korinthen 2 Pf. 0,95
Eleonorenkörner 2 Pf. 0,95	Bohrh. Basille 3 St. 0,45

10 Pf. Raff.-Ausg.-Weizenmehl, gl., nur 2,40

10 Pf. R.-Weizenmehl, doppelt, 2,90

1 Pf. frisch geröst. Guatem.-Kaffee nur 1,95

1 Pf. Santos Bahia 1,48	1 Pf. la deutsch. Kaffee 0,65
1 Pf. la Santos Perl 1,00	3 Tst. Vollm. Schaf 0,95
1 Pf. Maragog. Arabica 2,40	1 Pf. Sanj.-Kaffee-Tee 3,10

2-Pf.-Dose Erdbeeren nur 0,95

2 Pf. Gem. Früchte 0,95	2 Pf.-Dose Schnitt- 0,45
2 Pf. Kirchen 0,75	bohnen 0,45
2 Pf. Apfels 0,45	4 Pf.-Dose Schnitt- 0,85
2 Pf. Heidelbeeren 0,75	bohnen 0,85
2 Pf. Senfguten 0,50	2 Pf.-Dose Butter- 0,75
2 Pf.-Dose Zisp. Nüßel 0,55	zile 0,75
	2 Pf.-Dose Weichkäse 1,30
	mit Käse 1,30

2 Pf. kerngelunde Walnuß nur 0,75

Reue Kalenherne 1,15	3 Klabbe, Oelharbin 0,95
Reue Nüssen 3 Pf. 0,95	6. 1-Pf.-Dose Oelharbin 0,95
Kaffeebohnen 0,60	10-Pf. Hering 1. Gel. 0,70
Kaff. Weichkäse 0,60	14-Pf. Weichkäse 0,70
Reue-Datteln 2 Pf. 0,80	14-Pf. Kollmörje 0,70

2-Pf.-Eim.-Erd.-Apfel-Warmel. nur 0,75

2-Pf.-Eimer Pfannkuchen 0,75	2-Pf.-Eim. Apfelsauce 0,75
2-Pf.-Eimer Apfel 0,75	2-Pf.-Eimer Erdbeeren 0,95
2-Pf.-Eimer Johannisbeer-Apfel 0,75	„ „ Konfitüre 0,95
2-Pf.-Eimer Dreifach-Weinlebe 0,75	„ „ Rührl.-Konf. 0,95
	„ „ Pfannk.-Konf. 0,95
	„ „ Johannisb.-K. 0,95

38 Bol. Neger deutscher Rum, Flasche 2,95

Re. Arab. Wein 31,90	Scharlach. Weinbrand 31,40
Reich. Kornbrand 31,90	Weinstr. Wein 31,30
Rummel-Ritter 31,90	San. Kumberth. 31,30

Borswein Liter nur 0,75, 10 Liter 7,00

Mallemere 31,075	Tarragona 31,085
Wassermel. 31,085	Una. Wassermel. 31,095
Wassermel. 31,10	Wolaga 31,110
Wassermel. 31,110	Wassermel. 31,120
Wassermel. 31,120	Wassermel. 31,130
Wassermel. 31,130	Wassermel. 31,140
Wassermel. 31,140	Wassermel. 31,150
Wassermel. 31,150	Wassermel. 31,160
Wassermel. 31,160	Wassermel. 31,170
Wassermel. 31,170	Wassermel. 31,180
Wassermel. 31,180	Wassermel. 31,190
Wassermel. 31,190	Wassermel. 31,200
Wassermel. 31,200	Wassermel. 31,210
Wassermel. 31,210	Wassermel. 31,220
Wassermel. 31,220	Wassermel. 31,230
Wassermel. 31,230	Wassermel. 31,240
Wassermel. 31,240	Wassermel. 31,250
Wassermel. 31,250	Wassermel. 31,260
Wassermel. 31,260	Wassermel. 31,270
Wassermel. 31,270	Wassermel. 31,280
Wassermel. 31,280	Wassermel. 31,290
Wassermel. 31,290	Wassermel. 31,300

## Oswald Machts!

Hauptlager:  
Kaulbachstraße 31, 1. Etg.  
Ecke Pillnitzer Straße

### Möbel aller Art

Große Auswahl Billige Preise  
Günstige Zahlungsbedingungen!

**Ausziehlich u. 6 Halbsess. nur 115.-**

Spez.-Gesch. Körnerstr. 4  
Strb.-Mitt. Neust. Markt  
Eig. Herstellung, daher besond. billig

### Dein Weg

zum Wissen muß führen über die Literatur. Wissen ist Macht!

### Führt Dich

etwa das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein! Willst Du Dir Wissen verschaffen, so besorg Dir marxistische Bücher. Geh zur Arbeiter-Buchhandlg.

### zur Arbeiter-Buchhandlg.

Rosenstraße 76  
Hinterhaus L



## Wenn schon — dann nur Vorwärts-Stollen

In diesem Jahre haben wir unsere Preise nochmals ermäßigt.

### 220000 Vorwärts-Stollen

wurden im vorigen Jahre von unseren Mitgliedern verzehrt. Ein Beweis für Güte und vorzüglichen Geschmack unserer Stollen.

Wir backen:

- Mandel- und Rosinenstollen la ..... 4.50
- Mandel- und Rosinenstollen I ..... 3.50
- Einheitsstollen (extra verbilligt) ..... 2.75

Die Stollen-Steuerkarten sind bis spätestens den 12. Dezember 1931 in der jeweiligen Verteilungsstelle abzugeben.

Konsumverein **VORWARTS**  
Abgabe nur an Mitglieder



## 7 Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte u. Beamte in der Oberlausitz 7

<p><b>Fisch- und Grünwaren</b> Max Gensler, Bischofswerder Str. 252 40793</p> <p><b>Stadtapotheke u. Drogenhandlung</b> Bahnhofstraße 88 d Lieferant für alle Krankenhäuser</p> <p>Referiert Nr. 21</p> <p>40797</p> <p><b>Trinkt Großröhrender Bier</b></p> <p>40798</p> <p>Wäsche, Strümpfe, Wollwaren Alfred Mübach, Mübachstraße 235 D</p> <p>41084</p> <p>Port- u. Feinbäckerei Franz Schöne Bismarckstraße 229</p> <p>41065</p> <p>Fahrräder, Nähmasch., Gramophone Schallplatt., Rep.-Westf. R. Mautsch 41086</p>	<p>Hüte, Mützen, Herrenartikel Woldemar Schöne, Bischofsstr. 193 B 41097</p> <p>Fleischerei und Gastwirtschaft Alfred Menck, Bischofswerder Str. 193 41088</p> <p>Referiert 100</p> <p><b>Farben-Zentrale</b> Ostw. Zech 41090 Radplan 227 F</p> <p><b>Kaufhaus Schönwald</b> führt alle Textilwaren zu niedr. Preisen 41091</p> <p>Schlehderauschnitt u. Bedarfsartikel H. Hütrig, Rabenberger Straße 83 E 41093</p> <p><b>Hauswalde</b></p> <p><b>Hartmann's Gasthof</b> und Fleischerei Nr. 45 Inhaber: Oskar Schledrich 41092</p> <p>Reparier N. 50</p> <p>41093</p>	<p><b>Hotel Kreischa</b> Saal - Vereinszimmer - Kegelbahn für Veranstaltungen bestens empfohlen ff. Biere und Spesen Kuf 4271 <b>Paul Mende</b>, Leubersdorfer Straße 2 41615</p> <p><b>Restaurant zur Kanone</b> Rantzschstr. 2/ Vereinszimmer, gelbes Bier 41616</p> <p>41617 <b>Radio-Apparate und Einzelteile Ad. Richter</b>, Albertstraße 7</p> <p><b>Steinigwolmsdorf</b> Referiert</p> <p>41606 <b>Gasthaus Waldhaus</b> zur Blöcher-beries-empfehlung Adolf Wagner N. 310 41602</p>	<p><b>Beiter &amp; Hartwig</b> Motor- und Fahrräder, Nähmaschinen Kund-unterlagen 40751</p> <p><b>Trinkt ff. Rabenberger Pilsner</b> von der Brauerei Fußkau 40752</p> <p>empf. sein Schugelohst u. Reparaturbetrieb <b>Nieder-Pustkau</b> 40755</p> <p>Prot.- u. Feinbäckerei Mag. Roder Nr. 89</p> <p>Roblen, Bau- und Dampfmotoren Paul Probst, Nr. 13</p> <p><b>Eibau</b></p> <p><b>Spedition W. Wunsche</b> Kohlenhandlung 41842</p> <p><b>Gerichts-Kreischa</b> Gutgepflegte Pfler - Vereinszimmer <b>W. Zschuppe</b>, Hauptstraße 41623</p> <p><b>Markersdorf</b> Rest.-Materialwaren <b>Walter Lorenz</b> No. 59 41148</p> <p><b>Adolf Plegert</b> Motor-Fabrik, Näh-maschbldg., Repara- N. 9 41149</p>	<p><b>Fahrradhandlung</b> Ernst Köhler Nr. 29 Reparatur - Marken-Räder von RM 90.- 41604</p> <p><b>Lichtenberg</b> 41603</p> <p><b>Lebensmittelgeschäft</b> Frida Pötschke, Nr. 41 41610</p> <p><b>Brof., Weid- und Feinbäckerei</b> W. Heffter, Nr. 122 41611</p> <p><b>Oppach</b> 41606 Fleischerei u. Gast-wirtschaft "Zam Fackelberg" Herbert Schulze 41606 <b>Kohlenhandlung KURT TUREK</b> Lindenbergsstraße 8 B 41606</p>
--	--	--	---	--





## Das Sattelpferd der Reaktion wird gehalten von der SPD

Brüning, der angeblich der Preisbock sein sollte gegen die Währungsreform durch den Faschismus, erweist sich jetzt — gewollt oder ungewollt — als das Sattelpferd der Reaktion.

So schrieb die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme am 10. und — die SPD sprach Brüning ihr Vertrauen aus. Die SPD verteidigt das Schiedskabinett in Sachsen, das nach der Währungsreform sozialdemokratischer Zeitungen in Preußen, das die Währungsreformkabinett wie die Brüningregierung im Reich die „Anten“ stellen sich damit schützend vor die Schiedsgerichte und ihre reaktionären Maßnahmen. Sie billigen die Währungsreform gegen revolutionäre Zeitungen, ihre Polizeipräferenzen sprechen Verbote (siehe Leipzig) genau so aus wie ihre reaktionären Kollegen.

Sozialdemokratische Arbeiter, wollt ihr das Sattelpferd der Reaktion mit halten helfen, wie es eure Führer verlangen? Ein scharfer Kampf gegen die Währungsreform ist notwendig und notwendig ist die rote Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern, zeigt eure Bereitschaft zum Kampf durch reiflose Beteiligung am roten Volksbegehren.

## Die Stollerei geht weiter

Der Rat teilt mit:  
Die städtischen Beamten und Lehrkräfte an den höheren Schulen erhalten am Mittwoch, dem 9. Dezember, ein weiteres Gehalt auf ihre Dezemberbezüge ausgesetzt.

## Gewerberaummietter setzen sich in Marsch

Proletenversammlung der Gewerberaummietter. Starke Empörung gegen Mietwucher. Die Gewerberaummietter antworten durch reiflose Einzelnennung zum roten Volksbegehren!

Mit dem Thema: „Erfolgsvernichtung der Gewerbetreibenden durch die heutige Geschäftsmiete“, hatte der Dresdner Mieterrat zu einer Versammlung, die von 400 bis 450 Personen besucht war, aufgerufen. Der Sprecher, Rechtsanwalt Groß, schilderte eingangs die Entwicklung der Mietpreise und der Verdrängung und ging dann auf die heutige Lage ein. Er sagte, daß die Lohnsenkungen am Anfang zum Teil im Mittelstand begrüßt wurden, später sei jedoch die Erkenntnis gekommen, daß sie sich gegen den Mittelstand auswirkte. Von der Senkung der Mieten spricht man heute in der Reichsregierung nicht mehr. Die neue Währungsreform bringt neue Mietsenkungen. Preußen sei das erste Land gewesen, das die Senkung des Mietens durch unter Dittjester brachte. Andere folgten.

Heute würden in Dresden 200 Prozent der Friedensmiete im Durchschnitt bezahlt.

Nach in Sachsen gibt es praktisch keinen Mieterschutz mehr in gewerblichen Räumlichkeiten. Die Mieter sind von der Regierung im Stich gelassen worden. Die Reichsregierung hat der Wirtschaftspartei Konzeptionen gemacht, die in ihren Auswirkungen die Milliarden gehen.

Der Redner verweist auf die Forderungen der Mieterorganisationen, auf Schaffung eines sozialen Mietrechts. Er übertrug die Anwesenenden auf: 1. Mitglieder des Mietervereins werden; 2. in ihren Bereichsorganisationen für die Ausübung des Mietrechts einzutreten; 3. mehr Ruhe und Beharrlichkeit dem Vermieter gegenüber an den Tag legen, um Senkung der Miete zu erreichen.

Eine Entschließung, die gegen die Maßnahmen der Regierung protestiert, und im Sinne des Referats gehalten ist, wird angenommen.

In der Aussprache sprach Genosse Stadtrat Schwarz, der den Anwesenden zeigte, daß mit Protesten allein nichts zu erreichen ist, sondern daß die Einheitsfront der breiten Schichten der wertvollen Bevölkerung, Arbeiter und Kleinrentner, notwendig ist zur Abwehr und zum Kampf gegen die Verdrängung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Er forderte dann auf, am roten Volksbegehren zu beteiligen und sich in die Listen einzusetzen.

Ein weiterer Redner schildert ein persönliches Erlebnis, wie ihm sein Gewerberaum abgetrieben wurde, der sich in den

## Abbau der Dresdner Schulzahnklinik

Neue drakonische Sparmaßnahmen beim Rat zu Dresden. Schließung der Zweigstellen Pleßchen und Cotta. Eltern sollen Beiträge zahlen. Werktätige Eltern, heraus zum roten Volksbegehren!

Aus dem Dresdner Rathaus werden neue ungeheuerliche Sparmaßnahmen bekannt. So soll die Schulzahnklinik, für deren Aufrechterhaltung im jetzigen Umfange sich der Herr Oberbürgermeister in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen vor der Öffentlichkeit mit seinem Ehrenwort einsetzte, weiter eingeschränkt und abgebaut werden. Wie wir hören, sollen die Kinder in Zukunft nur noch soweit sie der 5.—8. Klasse angehören (d. h. im 1.—4. Schuljahr), planmäßig untersucht und behandelt werden. Im übrigen soll für die gesamten anderen Kinder nur poliklinische (d. h. im Krankheitsfälle) Behandlung erfolgen. Darüber hinaus sollen von den Kindern in Zukunft die Zahngelder, die zur Erreichung der Schulzahnklinik für die Benutzung der Werkzeuge bisher von der Schule getragen wurden, von den Eltern bezahlt werden. Geplant ist ferner der Abbau der Zweigstellen Pleßchen und Cotta. Des weiteren soll von den Eltern der Kinder ein obligatorischer Beitrag in der Mindesthöhe von 50 Pfennig erhoben werden. Wie wir dazu weiter erfahren, hat der Chef der Schulzahnklinik den Auftrag erhalten, weitere Sparmaßnahmen beim Rat vorzuschlagen.

Diese Maßnahmen bedeuten den reiflosen Abbau der Schulzahnklinik in Dresden. Die Verwirklichung der obengenannten Pläne bedeutet praktisch, daß die Arbeitereltern, und niemand anderes (denn die Eltern der Reichen haben ihren Hausarzt) die dann noch verbleibenden kümmerlichen Reste einer Schulzahnklinik durch ihre Beiträge bezahlen sollen. Sie bedeuten aber weiter eine ungeheure Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse der Dresdner Kinder. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat in ihrem roten Selbsthilfeprogramm die Wege gezeigt, die zur Hebung der Volksgesundheit und zur Hebung der kulturellen Einrichtungen gegangen werden müssen. Sie hat gleichzeitig entsprechende Beschlüsse gefaßt. Besteuerung der Millionäre, Herabsetzung der Kor-

ruptionsgelder des Rates, der Bürgermeister, das waren ihre Vorschläge zur Finanzierung. SPD und Nazis gemeinsam haben dieselben abgelehnt. Die Werktätigen müssen desto energischer für die Durchsetzung dieser Forderungen sich einsetzen und kämpfen unter Führung der kommunistischen Partei für den Sozialismus, in dem allein Gesundheitspolitik für die Werktätigen möglich ist.

## ... ein nicht zu verantwortendes Experiment

Der Dresdner Lehrerverein hat eine Entschließung angenommen, in der zum Abbau der Schulzahnklinik durch den Rat Stellung genommen wird. Wir geben nachstehend die wichtigsten Stellen wieder:

„Der Dresdner Lehrerverein lehnt den geplanten Einbau der Schulzahnklinik in die Familienfürsorge ab. Er ist einmütig der Meinung, daß die Einrichtung der Schulzahnklinik in ihrer jetzigen Form unbedingt erhalten bleiben muß. ... Er sieht in der Verschlagung dieser Einrichtung ... ein nicht zu verantwortendes Experiment. ... Er beklagt eine Verringerung der Leistungen ... und eine Verminderung der Wirkung durch die Verdrängung der Maßnahmen. Er ist der Meinung, daß in dieser Zeit der Finanznot der Stadt und der besonderen Not der Jugend eine Herabsetzung des bisherigen Systems kaum verantwortet werden kann.“

„Kaum verantwortet werden kann“, dessen ungeachtet wird der Vorstand des Dresdner Lehrervereins die praktische Kampfmaßnahme gegen diesen Abbau unterlassen. Die SPD wird weiteren Einschränkungen zustimmen, bis die wertvollen Eltern Schluss machen und von sich aus den Kampf aufnehmen in roter Einheitsfront unter Führung der KPD gegen die Schulreaktion.

## Proletarischer Unterhaltungsabend

verbunden mit Tanz am Sonnabend dem 12. Dezember im Orpheum, Dresden-N., Kamenzer Straße. Arbeiter, erscheint in Massen! Eintritt frei. — Tanz: 12 Marken 50 Pfennig. Einlaß 18. Anfang 19 Uhr. Erwerblosenausschuß Dresden-N.-Ost.

## Vor Hunger auf der Straße umgefallen!

Gestern 9.30 Uhr fiel ein älterer Mann auf der Rosenstraße um und verletzte sich. Infolge Schwäche war er nicht in der Lage, sich wieder aufzurichten und wurde von Straßenpassanten in einen Hausflur gebracht. Die Polizei sperrte ab.

Ausgerutscht. Auf der Rosenstraße rutschte gestern ein 61 Jahre alter Schlosser auf einer weggeworfenen Bananenschale aus. Da er durch den Sturz sich erhebliche Kopfverletzungen zugezogen hatte, wurde er nach dem Friedrichstädter Krankenhaus transportiert.

Vom Auto angefahren. Am Montagvormittag wurde auf der Königsstraße ein dreijähriger Junge von einem Auto angefahren. Hinter einem anderen Fahrzeug hatte das Kind die Fahrbahn betreten, die der Fahrer des Kraftwagens nicht übersehen konnte. Mit Verstauchungen an beiden Beinen wurde das Kind nach ärztlicher Behandlung in die elterliche Wohnung gebracht.

Treiloderversturz. Am Montag in der 22. Stunde wurde auf der Ritterstraße ein 18 Jahre alter Schmiedelehrling vor dem freiwilligen Gasthof bewahrt. Derselbe hatte sich die Pulsober der linken Hand angekniffen. Er wurde nach dem Stadtfrankenhaus Löbauer Straße gebracht.

Unglücksfall durch die Drehtür. Als gestern mittag eine 78 Jahre alte, auf der Almannenstraße wohnhafte Frau ein Kaufhaus in der inneren Stadt verlassen wollte und zu diesem Zweck die Drehtür benutzte, wurde die Tür von einem Mädchen so heftig gedreht, daß die alte Frau zu Fall kam und sich einen Oberarmbruch zuzog. Nach Hilfeleistung durch die im Hause stationierte Krankenschwester veranlaßte ein Arzt die Ueberführung nach dem Johannstädter Krankenhaus. Das Mädchen, das die Schuld an diesem Unglück trifft, verschwand spurlos.

## Achtung! Elternräte, Schulfunktionäre!

Mittwoch, den 9. Dezember, 17 Uhr, im Sitzungssaal der Straßenbahn, Stadthaus, Theaterstraße 13, 4. Obergesch. Zimmer 431, öffentliche Schulausschusskammer. Tagesordnung: 1. a. Sparverordnung, Klassenbildung usw. Wir ersuchen alle proletarischen Elternräte und Schulfunktionäre, diese Sitzung zu besuchen.

## Erwerbslose für rotes Volksbegehren

Am 4. Dezember fand im Reglerheim eine gut besuchte Versammlung der Erwerbslosen statt. Nach den vorläufigen Ausführungen des Genossen Rödel nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, die das Volksbegehren der KPD vollinhaltlich gutheißt und die aktive Mitarbeit zur Durchführung zusagt. Des weiteren wurde den streikenden Textilproleten in Kamenz die einstimmige Solidarität ausgesprochen, darüber hinaus die Verpflichtung übernommen, die Aktion unter den hiesigen Textilproleten stärker zu forcieren. Die Versammelten erklärten sich mit den Richtlinien des Reichsrotfrontes einverstanden, und werden alle organisatorischen Maßnahmen zur Durchführung des Reichserwerbslosenkampfes durchführen. Für die Schulzahnklinik wurden 30 Aufnahmen getätigt. Ein größerer Teil begab sich sofort zur Einzelnennungsstelle.

## Konzert der Volksmusikademie

Die Volksmusikademie veranstaltet Freitag, den 11. Dezember, im Trianon einen Abend für die Arbeitslosen. Es werden Darbietungen des großen Chores mit Altstimm von Fräulein Dora Winkler und Liebern des Kinderchores wechseln. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Herrn Kapellmeisters Hans Richter-Haaser. Karten hierfür händigt das Arbeitsamt aus.

## Ein Volk steht auf

Terror in Bulgarien. Auf offener Straße werden die Führer der Arbeiterpartei, werden kommunistische Funktionäre erschossen. Mit unglaublichen Folterungsmethoden glaubt die bulgarische Polizei den revolutionären Willen der Arbeiter zu brechen. Das bulgarische Proletariat appelliert an die Soldaten der Werttätigen der ganzen Welt und ruft sie auf, einen Sturm gegen den Terror zu entfachen. Alle Mißhandlungen, alle furchtbaren Verfolgungen der revolutionären Arbeiterklasse werden nicht. Die Volksbewegung gegen den Faschismus führt die Arbeiterklasse geht in Bulgarien unaufhaltsam vorwärts. Die neue KPD bezieht das oben angeführte Dokument.

Die KPD veröffentlicht des weiteren eine Reportage über die Insel, die Träneninsel von USA. Auf dieser Insel werden die Einwanderer unterzucht, so sie nicht der amerikanischen Demokratie „moralisch minderwertig“ erscheinen, d. h. wegen ihrer Meinung verdächtig sind. Dann werden sie rücksichtslos ermordet.

Die Nummer bringt ein neues Gedicht von Slang, eine humorvolle Seite: Flugballen-Duett. Die Kinder-KPD ist ganz beherrscht zu erwähnen und beweist allen ihren Lesern, wie notwendig es ist, daß sie ab 1. Januar 1932 jede Woche in der KPD gedruckt wird.

2 Schlangen, die Schlange von Moskau, Hunderte von Menschen wollen das Leninmuseum besuchen; die Schlange von New York, Erwerbslose warten. Diese beiden Bilder zeigen den Gegensatz der beiden Systeme. Aktuelle Bilder sowie Sport beilagen diese Nummer.

## „Siehe, ich verkünde euch große Freude!“

„Der Eulenspiegel — heute neu!“ rufen die Verkäufer. Sie haben recht: es ist diesmal voll neuer Uebersetzungen. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich verdoppelt. Da finden wir neben den bekanntesten satirischen Zeichnern und Autoren, neben

Gü. Bi, Erbach, Groß, Löwe, Sauer, Peter, Werth, neben Körner, Weinert, Slang, Schnog, Hein eine Reihe neuer Namen. Wir finden Arbeiter- und Kinderzeichnungen, Kurzgeschichten, Glossen und Witze.

„Siehe, ich verkünde euch große Freude!“ ruft der Weihnachtseigenen! Wohl auf dem Titelblatt. ... Die Werttätigen kennen die „Freude“. Sie geben im Innern des Blattes mehr als einmal die gleiche Antwort. Mitten durch weihnachtliches Glöckchenhimmel und allen Rundfunküber hindurch marschieren die rote Einheitsfront in Wort und Bild.

Kräftige Hiebe und spitze Stiche fallen ab für den Verlehrsabbau, für Winterhilfe und Reichsgericht. Unter japanischer Zeichen zeichnet den „Weihnachtstreiben“ der Mandchuren, wie er ihn sieht, und Gü läßt die überaus reichhaltige und lebendige Nummer mit einem „Beigleichen des Völkerverbundes“ ausfliegen.

Capitol. Die Mutter der Kompagnie. Ein Vorkriegsmilitarismus. Ein Urteil über den künstlerischen und inhaltlichen Aufbau des Filmes erübrigt sich, ein solcher Aufbau ist nicht zu finden. Was ist vorhanden? An einigen Stellen plagt das Publikum vor Freude. Wie herrlich, wenn ein Heldweibel die Mannschaft mit Mißtrauensausdrücken überhäuftet, wenn Menschen wie Hunde behandelt werden. Zu finden ist, daß die herrschende Klasse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine militärfeindliche Stimmung erzeugen will, als Vorbereitung zur Kriegsstimmung.

Aberttheater. Anna-Liese. Nachdem man sich mit „Gestern und heute“ Scheinbar zu sehr in die Gegenwart hineingewagt hat, geht man wieder ins Rokoko zurück, genau wie in der Oper, nur noch ein bißchen später. Die Dresdner Spielbürger freuen sich sogar heute noch darüber, daß ein echter Prinz (auf der Bühne) sich in ein Bürgermädchen verliebt (natürlich besseres Bürgermädchen) und sich beinahe mit seiner Familie verträgt, aber nur beinahe — und zum Schluss wird natürlich alles gut. Das ist der „Inhalt“ dieses von Hermann Herich vor fast 100 Jahren geschriebenen Scharrens. Joe Feitbed, Alice

Begmuth, Albert Willi, Max Jähniß und Robert Firt spielen, wie es das Stück verlangt, mit mehr oder weniger Lust und Anteilnahme alles Operenthusien. Ob sich die Künstler unter der Federperiode als Hauswärter der Bourgeoisie wohl fühlen? Hoffentlich nicht.

Im Schauspielhaus gelangte Karl Judmayers Kinderstück „Kalada-Kalada“ zur Aufführung und brachte eine große Enttäuschung. Wir hatten von dem Verfasser des „Schinderhannes“ und des „Hauptmann von Köpenick“ etwas ganz anderes erwartet. Judmayers Kinderstück ist gar nicht sehr viel anders wie die üblichen Kinderstücke zu Weihnachten, trotz seiner großen Theorie, die er um sein Stück herum baut. Sehr richtig schreibt er: „Ich glaube, der Humor des Kinderstückes muß aus der Realität kommen, der Jauber aus der Natur und dem Traum.“ Aber was heißt Realität, wenn er dann weiter sagt: „Die Schlagworte vom Zeitspiel, von der dramatischen Reportage und vom Gehnugsstheater“ sind laute Ausreden für mangelnde Gestaltungskraft und innere Leere.“ Aber gerade Judmayer beweist, daß er hier, wo er keine „dramatische Reportage“ schrieb, „mangelnde Gestaltungskraft und innere Leere“ zeigt. Tendenz ist Verflüchtigung, schreibt Judmayer, und verflüchtigt sein eigenes Stück, indem er zum Schluss völlig unorganisch und „tendenziös“ den obligaten Weihnachtbaum anhängt. Ein Vergleich zwischen seinen anderen, nicht ganz „tendenziös“ Stücken und diesem bewahrt „unterbewußten“ Kinderstück bietet den besten Beweis gegen Judmayers Theorie.

Während etwa Kästners „Emil und die Detektive“ durch ihren Inhalt die Kinder zu einem innerlichen Mitleiden brachte, konnte Judmayers „Kalada-Kalada“ nur durch das hübsche und nette Spiel im Schauspielhaus wirken. Mahale und Fanto haben sehr schöne farbenfrohe Bühnenbilder und Kostüme geschaffen, in denen ein ganzes Heer von Schauspielern sich mehr oder weniger humorvoll bewegen. Heilberg und Lotte Menet, die beiden jugendlichen Helben, Korte Kamp, der gute alte Onkel, Kainer, ein angsterregender Aupflicher u. v. a. Sehr nett die Musik von Judmayers Bruder Eduard.



# Ortsnachrichten

## Lied aus der Dachstube

Wir haben bisher gar manche Not  
Erlitten, geduldig getragen;  
Seit Jahren sind wir vom Elend bedroht,  
Mit leerem, hungerndem Magen.

Und lachen wir, dann klingt es wie Hohn  
Ueber unsere verzweifelte Lage;  
So verbringen wir, seit Jahren schon,  
Die notverbitterten Tage.

Schon manchen sahen wir von uns gehn,  
Freiwillig ins Reich der Schatten;  
Dann blieben sie wohl neugierig stehn,  
Die Müßiggänger, die Satten.

Jüngst hat mich einer danach gefragt:  
„Wer hat dieses Elend verschuldet?“  
Ingrimmig hab ich zu ihm gesagt:  
„Die, die wir zu lange geduldet!“ Argus.

## Glänzende Resultate der KPD

Dazu wird uns von der Unterbezirksleitung Dresden geschrieben:

Wir erhalten von Glaschütte heute 13 Ausnahmen in die Partei, die in der letzten Versammlung gemacht wurden. Darunter befinden sich:

2 ehemalige Nationalsozialisten, der Gesamtverbandvorsitzende von Glaschütte, ein ehemaliger SPD-Arbeiter, und der ehemalige SPD-Vorsitzende von Lauenstein, der außerdem noch Vorsitzender im Reichsbanner, im Radfahrerbund Solidarität, Kassierer im Deutschen Freidenkerverband, Stadtverordneter und 2. Bürgermeister ist.

Von den 13 Arbeitern sind 5 freigewerkschaftlich organisiert und 3 Betriebsarbeiter.

**Königsstein:** 4 Partei, 3 KGO-Mitglieder, 4 Arbeiterstimmenleiter, 37 Mark Literatur, 17 Mark Sammlung.

**Reichenberg:** 2 Parteiläufe, 4 Arbeiterstimmenleiter, 20 Mark Literatur, 5 Mark Sammlung.

**Kadeben:** 5 Partei, 2 KGO, 2 NS, 7 KJH-Mitglieder, 2 Arbeiterstimmenleiter, 32,50 Mark Literatur, 12 Mark Sammlung, 5 Volksechos.

**Kühnbroda:** 3 Partei, 4 KGO-Mitglieder, 1 Arbeiterstimmenleiter, 75 Volksechos verkauft, 95,40 Mark Literatur, 44,83 Mark Sammlung.

**Schönbach:** 10 Volksechos verkauft, 3 Mark Literatur, 12 Mark Sammlung.

**Coswig:** 1 Parteiläufer, 25 KJH-Mitglieder, 11 Mark Literatur, 50 Mark Sammlung.

## Schalt Munition zum Volksbegehren!

Weitere Eingänge für die Sammlung zum Volksbegehren  
Bisher wurden quittiert 4895,23 RM

Böhlich	30,00	Calndorf	15,00
Mengesfeld	35,00	Pichtentanne	48,00
Lunzenau	30,00	Krumhermersdorf	40,20
Lauscha	20,00	Bertelsdorf/Tr.	7,00
Glaschütte	4,20	Horchheim	25,00
Gartenstein	30,00	Bertsdorf/Rittau	29,27
Dahlen	30,00	Oberderwitz	30,00
Johann-Nuschgraben	25,00	Koffen	12,84
Chemnitz-Nordost	75,00	Steinbach	12,00
Schönfels	18,00	Falkenstein	150,00

RM 5559,74

## Freitaler Einzeichnungsergebnis

Bis Montag, den 7. Dezember, haben sich in Freital 684 Personen in die Listen zum roten Volksbegehren eingetragen, und zwar: Stadthaus Deuben 329, Stadthaus Posthappel 265, Rathaus (Döhlen) 70. Genossinnen und Genossen, sofort nachholen! Steigert die Werbetätigkeit!

## Roter Kulturabend in Freital

Ein guter Ausklang zum roten Volksbegehren war die erste Veranstaltung des Freitaler JFA- und Sportartells. Gut besucht war der Saal von Freitaler Arbeitern und Arbeiterinnen. Mitwirkende waren der Schalmeynschor, die roten Sportler Deuben, die Arbeiteramateurband, das Blasorchester, die Jugendtruppe des Arbeitertheaterbundes.

Die Arbeiterphotographen, Arbeiterbriefmarkensammler, proletarischen Freidenker und Universum-Bücherei zeigten durch eine gut gelungene Ausstellung ihre Verbundenheit mit der revolutionären Arbeiterbewegung. Einige Genossen des Volkshorsts Freital brachten die Verbundenheit mit uns durch proletarische Vieder zum Ausdruck. Im zweiten Teil sprach der Genosse Hellberg vom Dresdner Spartakus, wuchtig erschollen seine Worte durch den Saal. Seine Resitationen wurden mit Begeisterung aufgenommen. Unser erster Sport- und Kulturabend war ein voller Erfolg. Alle einen Delegierten zum Landeskulturfest wurden 5,75 Mark gesammelt.

## Ein würdiger Hauspasha

(Arbeiterkorrespondenz 1900)

Eschdorf. Unerhörte Zustände herrschen im Grundstück U. Zwischen U. und dem seit einem Jahr dort wohnenden Mieter B. kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf die Räumung B. angeordnet wurde. Beachtenswert dabei ist, daß B. seit 1927 schon der achte Mieter in diesem Grundstück ist. Herr U., der bereits eine fünfköpfige Familie auf die Straße warf, glaubt, einen guten Eindruck zu machen, wenn er seine Mieter als Verbrecher und Spindubler betrachtet. In seinem Hausbesitzerdünkel glaubte er, sich an B. vergreifen zu können. Er kam aber an den Unrechten und nur die Flucht schützte ihn vor einer derben Tracht Prügel.

Die Mißstände in diesem Grundstück, besonders in der Wasserversorgung, sind durch die Mieter schon oft zur Kenntnis der Gemeindebehörde gelangt. Aber Abhilfe ist bis zum heutigen Tage nicht geschaffen worden. Wir fragen die Gemeindebehörde, was sie zu tun gedenkt, um U. das Handwerk zu legen? Oder ist die Gemeinde damit einverstanden, daß U., der seine Mieter als Menschen zweiten Grades betrachtet, alle halben Jahre seine Mieter auf die Straße legt? U. hat scheinbar vollkommen vergessen, daß ja die Mieter der Proleten auch für ihn eine Unterstützung bedeutet, und es wird vielleicht nicht mehr lange dauern, bis er mit seiner Familie auch einmal den Marsch zum Wohnungsamt antreten kann.

Den Einwohnern von Eschdorf oder rufen wir zu: Macht Schluß mit diesen Hausbesitzerassuren. Nicht euch ein in die rote Einheitsfront. Zeichnet euch reslos ein zum roten Volksbegehren!

# Vormarsch im roten Volksbegehren!

### Naturfreunde auf Landagitation — für Stärkung der kommunistischen Partei

Das erstmal sollte es hinausgehen, nicht um zu flüchten oder zu wandern, sondern um politische Arbeit zu leisten. Obwohl es regnete, hatten sich immerhin 25 Genossen eingefunden, die nicht scheuten, sich stundenlang mit dem Rad auf der Landstraße abzuquälen. Ins Grenzgebiet, das sehr wenig Verbindung mit dem Industrieproletariat hat, ging es.

Eifrig ging es im ersten Ort an die Arbeit. Bald war er mit Flugzetteln, die zum roten Volksbegehren aufforderten, besetzt. Wenig war allerdings gesammelt worden, dafür um so mehr diskutiert. Sehr primitiv ist die Einstellung der Landbevölkerung, auch auf Nazis waren einzelne Genossen gestossen. Das Interessanteste berichteten aber 2 Genossen, die zu einem Polizisten geraten waren. Er hatte ihren Namen festgeschrieben und erklärt, die Arbeiterstimme sei verboten, er habe am 3. Dezember den Befehl erhalten. Ob ein Ueberfallkommando auch so lange braucht, wenn es gelten würde, gegen demonstrierende Arbeiter und Bauern loszugehen?

Im nächsten Orte klappte es schon besser, planmäßig wurde von Haus zu Haus agitiert, Broschüren und Zeitungen verkauft, und einige mit der KPD sympathisierende Bauern festgestellt, so daß wir nach Abschluß folgendes Ergebnis feststellen konnten:

- 105 Broschüren,
- 25 Tageszeitungen,
- 10 KJH verkauft
- und etwa 4 Mark auf den Sammellisten.

Nun einige Erfahrungen. Man muß einfache, leicht verständliche Broschüren nehmen, auf ein gutes Titelbild muß Wert gelegt werden, weil die Landbevölkerung viel auf Bilder gibt. Dauernd verlangte man nach der KJH. Man soll deshalb als Werbematerial alte KJH oder „Rote Sterne“ verwenden, wenn

die Rot der Landbevölkerung ist sehr groß, so daß vielen nicht möglich ist, auch nur eine Broschüre zu kaufen. Eine andere Lehre konnten wir ziehen, und zwar die, daß es bitter notwendig ist, zu diskutieren. Fast eine ganze Stunde haben wir bei manchen Bauern geessen und ihnen versprochen müssen, wir bei man kommen. Die Nazis machen sich die Notlage der Bauern zunutze und finden gute Werkzeuge für ihre verbrochenen Ziele. Man muß es zu verhindern, keine proletarische Revolution ohne den Bauern. Jeder rote Sportverein sollte sich die Aufgabe stellen, die Patenschaft über ein Dorf zu übernehmen.

## Auch der Kampfbund stößt vor

In Rosenthal bei Königsstein wurde von der Ortsgruppe Königsstein des Kampfbundes gegen den Faschismus für den 5. Dezember eine Volksbegehrenversammlung organisiert. 40 Einwohner waren erschienen. Unter ihnen waren viele Händler, Land- und Forstarbeiter. Auch sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter hatten sich eingefunden. Die erschienenen Referenten entgegen. Fast alle erklärten sich bereit, sofort sich zum Volksbegehren einzuzuschießen und auch die anwesenden Einwohner aufzufordern, sich am roten Volksbegehren zu beteiligen.

Rach Aussagen des Gastwirts waren bei der letzten Versammlung 5 Einwohner erschienen. Die Kampfbundversammlung war die beste gewesen seit dem Kriege.

Kameraden, Klassen Genossen, es gibt in unserem Bezirk noch allerhand Orte, wo vorgestoßen werden kann. Im fernsten Winkel muß sich die rote Einheitsfront Bahn brechen. Helft alle mit dem Kampf zu führen für ein rotes Sachsen.

## Weil es Groener will

# Der Gutsbezirk Albertstadt bleibt selbständig

Rechts und links der Straße nach Klotzsche liegt einerseits von Dresden, andererseits durch den sächsischen Staatsforst und Klotzsche begrenzt, der Gutsbezirk Albertstadt. Er umschließt alle Kasernen mit Ausnahme der ehemaligen Jägerkaserne. In seinem Bereich liegt das Arsenal mit dem während des Krieges ungenutzt gebliebenen Fabriklokal. Die Bevölkerung nahm ständig zu. Heute soll der Militarismus abgebaut sein. Wie wenig das aber der Fall ist, beweist der Streit zwischen Reichswehrministerium und Dresden. Seit 1918 sind in Sachsen die Gutsbezirke abgebaut. Als einziger Rest ragt Albertstadt in das Gebiet der Stadt Dresden hinein. Eiferfüchtig wacht das Reichswehrministerium darüber, daß dieser Bezirk auch seine Selbständigkeit behält. Der Zustand, wie er jetzt besteht, wird tatsächlich zur Groteske. Wirtschaftlich ist die Albertstadt vollständig abhängig von der Stadt Dresden. Das trifft zu sowohl auf Wasser, Gas, Strom als auch Verkehr u. a. Nur politisch bestimmt allein die Reichswehr. Um diesen Zustand zu ändern, hatte die kommunistische Fraktion Auflösung des Gutsbezirks und Eingemeindung nach Dresden verlangt. Wie jetzt durch den Rat mitgeteilt wird, hat Herr Groener abgelehnt. Gründe waren in diesem Schreiben nicht angegeben. Sie dürften aber nichts besonders schwer zu erraten sein.

## „Arbeiterfreundlichkeit“ der SPD

(Arbeiterkorrespondenz 1901)

Seitendorf. Im Herbst dieses Jahres wurde unser Gemeindefaß umgebaut. Der Bau wurde auf Beschluß der Gemeindevorordneten in eigener Regie und von Wohlfahrtsempfängern mit Mitteln der Mietzinssteuer ausgeführt. Da der stellvertretende Bürgermeister Buchelt (SPD) nur für geringe Löhne auszahlte, wandte sich ein Maurer an seine Gewerkschaft und forderte Tarifforderungen. Der Angestellte Herrmann wies den Maurer mit der Begründung ab, daß Buchelt ihm erklärt habe, die Arbeit sei außerordentlich. Andere Genossen, die von der Sache Kenntnis erhielten, verlangten im Plenum tarifliche Bezahlung. Buchelt begründete seine Stellung mit einer Verordnung des

Amtshauptmanns Rahmann (SPD) und drohte gegen den Genossen Baumgart ein Verfahren wegen Schädigung der Gemeindefaß einzuleiten. Nachdem Genosse Baumgart mit dem Amtshauptmann Rücksprache genommen hatte, ließ er heraus, daß Buchelt in der fraglichen Sitzung die Unwahrscheinlichkeit hatte und zwang den Angestellten Herrmann, den Rat vor den Schlichtungsausschuß zu bringen. Dieser sprach dem Maurer eine Nachzahlung von 93,87 Mark zu. Was möchte man Buchelt? Er zahlte nicht diese Summe reslos aus, sondern suchte, dem Maurer für zehn Wochen die Unterstützung zu lassen und 24 Mark für an der Bachmauer geleistete angebliche Hilfsarbeit abzuziehen. Nach erneutem Vorstellwerden unseres Genossen bei der Amtshauptmannschaft wurde die Unterstützungsperrre auf drei Wochen (Kartenzahl) gesetzt.

Arbeiter von Seitendorf! So sehen die Vertreter der „Arbeiterfreundlichkeit“ triefenden SPD aus. Unterstützt sie in unserer Arbeit und werdet Väter der Arbeiterstimme oder die sächsischen Volksechos! Zeichnet euch reslos ein zum roten Volksbegehren!

## Die Chape macht in Winterhilfe

(Arbeiterkorrespondenz 1903)

Den Erwerbslosen und Ausgesetzten ist großes Heil widerfahren. Die Firma Chape will, wenn ihr einen Ausweis über 6 Speisemarken besitzt, und in der vorgeschriebenen Zeit zwischen 12 und 13 Uhr Euch einstellt, Euren Hunger stillen. Wer nun glaubt, eine richtige Mittagsportion zu erhalten, befindet sich auf dem Holzwege. Stehend muß das Tellerchen Suppe angelöffelt werden. Uns scheint, daß die Chape entweder die letzte des Dresdner Panners oder die Berechnungen des städtischen Oberbürgermeisters bei der Herstellung dieser Suppe grundlegend. Um aber die Wohltätigkeit augenfällig zu machen, dürfen die Erwerbslosen für dieses Süppchen, dessen Herstellung der Firma höchstens 8 Pfennig kostet, noch einen Groschen bezahlen. So etwas nennt man Winterhilfe.

Erwerbslose, erkennt diesen Hohn und kämpft mit der SPD für Arbeit, Brot und Freiheit!

# „Drache Marxismus“ und SPD-Zuckerzollpolitik

Dieser Tage wurde an dem Striefler Betrieb Zeiß-Ikon, Ica-Verf., eine 16seitige Broschüre „Der Drache Marxismus“ von einigen alten SPD-Arbeitern verteilt. Herausgegeben von der SPD, verfolgt die Broschüre den nächsten Zweck, der Naziaffirmation gegen den Marxismus „entgegenzutreten“ und denen, die es nicht glauben wollen, zu beweisen, daß der Marxismus, allein die bessere Zukunft bringen kann. Natürlich nur der „Marxismus“ der SPD, die den Kapitalismus also (nachzulesen in der Broschüre auf Seite 16) zu überwinden sucht: „Nicht mit Gewalt, wie gefagt, Gewalt zertrümmert, aber baut nicht auf... sondern in schrittweiser, mühsamer, organischer Arbeit in den Gemeinden, im Land, im Reich, in den sozialen Körperlichkeiten.“

Das hat wahrhaftig nichts mit dem Marxismus eines Karl Marx zu tun, dessen geschichtliche Erkenntnis in dem Satze gipfelt: „Die Gewalt ist die Geburtshelferin einer jeden neuen Gesellschaftsordnung.“

Aber sei's drum, die Broschüre gibt sich („redliche“ — kann man nicht sagen!) Mühe, den „Marxismus“ der SPD auf Neuglanz zu bringen. Sie weist denn auch auf den Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hin. Und so liest denn der an der Politik interessierte Betriebsarbeiter, dem nach des Tages Laß und Mühen am Fabrikator die SPD eine Broschüre in den Hand drücken läßt, auf Seite 5 dieser auch für uns aufschlußreichen Schrift:

„Es gibt (und das meint der Verfasser der Broschüre natürlich nur ironisch) zwei Zucker. Der Deutsche Reichstag hat im Jahre 1930 den Zuckersoll dreimal erhöht, damit nicht so viel und so billiger Zucker aus der Tschechoslowakei nach Deutschland kommt und dadurch der Gewinn der Rübenbauern und Zuckerfabriken vermindert wird.“

Man sollte meinen, daß die Marxisten nun in ihrer Broschüre an diesem Beispiel beweisen, daß sie und wie sie energisch gegen diese Zuckerzollerhöhungen gekämpft haben. „Nicht notwendig!“ wird mancher SPD-Arbeiter sagen, — „das versteht sich am Rande!“

Der brave SPD-Prolet wird sich aber hier wie bei vielen anderen Gelegenheiten „ein klein wenig“ verrechnet haben.

Wenn er sich nämlich erkundigt und die entsprechenden Reichstagsprotokolle einseh, wird er (vielleicht zu seinem Staunen) feststellen, daß im Jahre 1928, als noch der selbige schlafene Herrmann Müller einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionstehregierung den Firmennamen gab, mit Zustimmung der SPD der Zuckerzoll von 15 auf 25 Mark heraufgesetzt wurde.

Und die uns allen wohlbekannte Frau Toni Sender war es, die im Namen der SPD erklärte, die SPD stimme dieser Zuckerzollerhöhung zu, im Interesse der Produzenten und Verbraucher, es handele sich darüber hinaus „um eine unvermeidliche Abwehr gegen die tschechoslowakische Schleuderausfuhr“.

Herr Dr. Holzhammer von der Dresdner Volkszeitung wird freudig mit seinem Holzhammer auf der ersten Seite seines Blattes hämmern müssen, wenn er den Eindruck dieser Stellungungen bei den SPD-Arbeitern vermissen will. Wir brauchen die Feststellung so sachlich, wie es uns bei unserer Einstellung gegen den „Marxismus“ der SPD-Führer möglich ist. Sicher nützt gegen die Wahrheit auch der größte Holzhammer, der nichts und die Mühe des ehrenwerten Dr. Holzhammers, der „Marxismus“ der Toni Sender zu verteidigen, wird wieder die einzigen ehrlichen SPD-Arbeitern vergebens sein.

## Borbildliches Sammelergebnis

Wer mach's nach?

Einige Genossen in Freital sammelten am 6. 12. 32 Mark fürs rote Volksbegehren (Teilergebnis), darunter ein Genosse mit 12 Mark und zwei Genossen mit je 8 Mark. Die Sammlung muß verstärkt fortgesetzt werden, alle künftigen Straßenstellen und Genossinnen, Genossen müssen sofort nachholen!

Warnung! An alle Ortsgruppen des KJH, Bezirk Sachsen! Der ehemalige Funktionär Paul Lieberzeit, Freiberg, ist mit heutiger Mitteilung wegen Unterschlagung von verbandsschädigendem Verhalten aus dem KJH ausgeschlossen. Wo er auftritt, ist ihm kein Mitgliedschaft abzunehmen.

KJH, Bezirksleitung Sachsen



# Rote Betriebswoche im Zeichen des roten Volksbegehrens!

## 20 Prozent Lohnraub geplant!

### Die Arbeitslöhne sollen auf das Niveau der Inflationsjahre gebracht werden

Vom Reichskomitee der RGO wird uns geschrieben: In den nächsten Tagen sollen die „Leitfäden“ des Wirtschaftsbetriebs im Geiste einer neuen Rotverordnung in Kraft gesetzt werden. Diese Leitfäden stimmen, wie wir bereits dokumentarisch nachgewiesen haben, mit jener geheimen Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an die Brüningregierung vom September 1931 überein, in der ausdrücklich die Herabsetzung der Löhne auf das Niveau von Anfang 1927 gefordert wird. Die neue Rotverordnung der Brüningregierung — deren Unterstützung die SPD- und Gewerkschaftsführer bereits vorbereitet — soll diese Forderung der Unternehmer erfüllen. Was bedeutet das?

Die Tariflöhne sind nach der Statistik des statistischen Reichsamtes heute etwa ebenso hoch wie im Durchschnitt des Jahres 1928. Eine weitere Senkung der Stundenlöhne auf das Niveau von Januar 1927 würde nach der amtlichen Statistik bedeuten, daß der Stundenlohn im Durchschnitt um weitere 12% gesenkt wird. Aber damit sind die Forderungen und Pläne der Unternehmer noch nicht erschöpft, sie fordern, daß die Löhne so gesenkt werden sollen, daß die Realstundenlöhne, gemessen an dem zu ihrem Gunsten gefährdeten amtlichen Index der Lebenshaltungskosten, dem Niveau vom Januar 1927 entsprechen sollen. Die amtlichen Lebenshaltungskosten sind von Januar 1927 bis November 1931 um 9% gestiegen. Das bedeutet, daß der Tarifstundenlohn um 20% gesenkt werden soll, damit die amtlich zu ermittelnden Realstundenlöhne dem Niveau von Januar 1927 entsprechen. Hinter dem Plan, mit Hilfe der neuen Rotverordnung eine allgemeine Lohn- und Gehaltsenkung durchzuführen und die Tarife aufzulockern, steckt also nicht mehr und nicht weniger als eine neue Senkung der Löhne um 20 Prozent.

Steuern und die Versicherungsbeiträge höher als 1927, so daß angesichts all dieser Tatsachen

das durchschnittliche Wocheneinkommen des Industriearbeiters heute schon weit niedriger als 1927 ist.

Wird das heutige Wocheneinkommen durch eine weitere Senkung der Stundenlöhne um 20%, wie sie die Unternehmer jetzt durchführen wollen, gesenkt, dann wird das durchschnittliche Wocheneinkommen — berechnet auf Grund der für Oktober vorliegenden Zahlen — des erwachsenen Industriearbeiters 22,20 Mark betragen. Angesichts der Tatsache, daß in den nächsten Wochen und Monaten die Arbeitslosigkeit weiter stark zunehmen wird, würde das durchschnittliche Wocheneinkommen noch unter die Summe von 22,20 Mark pro Woche sinken.

Was das bedeutet, zeigt allein schon die Tatsache, daß selbst die amtlichen Lebenshaltungskosten 48 Mark pro Woche betragen. Die Arbeiter sollen also kaum die Hälfte dessen an Lohn erhalten, was selbst nach den amtlichen Ziffern als notwendig für einen Arbeiterhaushalt genannt wird.

Die Ausbeuter wollen also die Löhne auf das Niveau des Inflationsjahres 1923 herunterdrücken.

Das sind die Tatsachen, die sich aus der Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse und den Leitfäden des Wirtschaftsbetriebs ergeben. Die neue Rotverordnung wird das Elend der arbeitenden Massen noch gewaltig steigern. Das hindert jedoch die „Aerzte“ des Kapitalismus im VDSB nicht, auch diesen Schlag gegen das arbeitende Volk zu unterstützen. Die Führer der SPD und des VDSB, verhandeln mit Brüning, um durch das Erhalten einiger nichtlagender Scheinkonzessionen den arbeitenden Massen einzureden, daß sie durch ihre Tolerierungspolitik gegenüber Brüning „die schlimmsten Härten“ beiläufig hätten.

Wir alarmieren die arbeitenden Massen gegen den neuen Verrat und rufen sie auf, sofort alle Maßnahmen zur Zurückweisung der ungeheuerlichen Pläne der Einheitsfront von Unternehmern und Gewerkschaftsbürokratie zu treffen.

### Achtung! Bauarbeiter von Neustadt!

Mittwoch den 9. Dezember 20 Uhr öffentliche Versammlung im Restaurant „Sängerheim“, Alaunstraße. Alle erscheinen! RGO Bau, Bezirk Neustadt.

## 700 000 greifen an!

### „Im Gastwert Reich ist die RGO tot, im Eltwerk wird sie bald sterben“

(Stadtrat Kurpat in der Vollversammlung der Betriebsräte der Dremag am 20. Oktober 1931.)

Als am 1. November den Gemeindeführern ein erneuter Lohnraub von 4 1/2 Prozent diktiert wurde, feierten die Massen ihren Sieg und leisteten freudigstehend mit, daß es gelungen ist, die Lohnkürzung von 9 Prozent auf 4 1/2 Prozent herabzusetzen. Es wurde weiter „angegriffen“. Aber wie machte das der Stadtrat Kurpat?

Der Kollege Förster hatte im Auftrag des Vorstandes seinem Kollegen Müller eine Mitteilung zugehen lassen, nach der es notwendig sei, 120 Arbeiter der Dremag zu entlassen, weil dies die finanzielle Lage der Stadt erfordere. Der dreifache Hausvater gab eine Erklärung ab, daß er es ablehne, an der Entlassung mitzuarbeiten.

Die Kollegen vom Eltwerk werden sich noch entfalten, daß Müller in der Betriebsversammlung im Volkshaus berichtet, daß er mit Kurpat zusammen bei Direktor Förster gewesen ist und in der Entlassungsfrage einen Erfolg erzielt habe. Es wurden nur 75 Kollegen entlassen, davon 30 in den vorläufigen Ruhestand versetzt. Damit hat Müller zugegeben, daß er bei den Entlassungen doch seine Hände im Spiele gehabt hat.

Kurpat, Müllers Kaufmann, hatte sogar bei Direktor Menger um eine Befreiung nachgesucht, die aber ergebnislos verlief. Es waren nicht 75, sondern über 100 Kündigungen und Zwangsverpflichtungen ausgesprochen worden. Niemand wußte davon, kein Vorgesetzter wollte Vorklänge gemacht haben. Wie sah nun die Liste der Gefährdeten aus?

Im Eltwerk wurden 32 Kündigungen ausgesprochen. Von den Gefährdeten waren 21 Mitglieder der RGO, 3 Nazis, 1 Sozialdemokrat und nur 4 Mitglieder des Gesamtverbandes. Können, merkt ihr nicht den Zusammenhang mit dem Auspruch Kurpats? Einstimmig gab der Arbeiterrat sämtlichen Ein-

schneidungsverband. Kampf gegen Lohnraub gibt es nicht. Unter der Führung der reformistischen Bonzen war es dem Arbeitgeberverband möglich, den Kollegen innerhalb eines Jahres 19 Prozent Lohnraub zu diktieren. Um diesen „Sieg“ zu vervollständigen, hilft die Gewerkschaftsbürokratie den Arbeitgebern die revolutionären Arbeiter aufs Straßengestühl zu werfen, um den Arbeiterrat leichter durchzuführen zu können.

Den Herren Bonzen sei versichert, daß die Schweinezeiten erkannt sind. Die RGO kennt ihr nicht, vernichtet, sie wächst im Tag zu Tag härter an und wird weiter die Luftdruckarbeit in den Betrieben durchzuführen.

## Internationale Wertschaftskämpfe

**Tschechoslowakei:** In der Textilfabrik Heinrich Klinger in Bratislava fanden am 2. Dezember die Betriebsratswahlen statt. Die Belegschaft des Betriebes ist von 725 Arbeitern im Vorjahr auf 516 herabgesunken. Während im Vorjahr 494 Arbeiter zur Wahl erschienen von 886 Wahlberechtigten, erschienen in diesem Jahr nur 373 Arbeiter von 481 Wahlberechtigten. Von den gültigen Stimmen erhielten der rote Textilverband 209 Stimmen und 4 Mandate, der reformistische Brünner Verband 159 Stimmen und 3 Mandate. Trotz der großen Massenentlassungen konnten die roten Gewerkschaften prozentual ihre Positionen halten.

**Im chemischen Betrieb „Apollo“ in Bratislava, in welchem 162 Arbeiter beschäftigt sind, wurden bei der Betriebsratswahl nur die Listen der roten Gewerkschaften eingereicht, so daß sich der Betriebsausschuß nun vollkommen in den Händen der roten Gewerkschaften befindet.**

**Spanien:** Die Bädergefallen von Cadix (Andalusien) haben den Vorschlag der Unternehmer abgelehnt. Der Streik, der mit Hilfe unermesslich geworden ist, wird sich wahrscheinlich auf die ganze Provinz ausbreiten.

**In Vitoria wurde der Generalstreik durch die CNT (Spanische revolutionäre Gewerkschaftszentrale) als Protest gegen die Verhaftung mehrerer Arbeiter ausgerufen.**

**Belgien:** Von insgesamt 780 343 gegen die Erwerbslosigkeit verschickten Arbeitern waren Ende Oktober 82 811 voll- oder teilweise (11,3 Prozent) und 122 773 Kurzarbeiter. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage kennzeichnet die ganze Tiefe der Krise: Im Oktober gingen auf je 1000 Versicherte 886 Arbeitstage verloren gegenüber 810 im September.

**England:** Die Besitzer der Baumwollspinnereien Großbritanniens haben den Arbeitern das gefeierte Abkommen gelündigt. Sie verlangen eine Rückkehr zur 55 1/2 stündigen Arbeitswoche und eine Kürzung der Akkordlöhne um 25 Prozent. Auch die Besitzer der Baumwollwebereien Großbritanniens rufen zu einem ähnlichen Vorgehen. Die Arbeiter haben aus ihren Erfahrungen gelernt, so daß die Aufforderung zur sofortigen Bildung von Aktionsausschüssen aus den Reihen der Arbeiterschaft zur Vorbereitung des Streiks gegen die Forderungen der Unternehmer bei ihnen starken Widerhall findet.

Der Streik der Bergarbeiter von Holywell (Nordhumberland), der einige Wochen dauerte, wurde nun erfolgreich beendet. Der Streik wurde von einem von den Streikenden selbst ge-

### „Rußland bezahlt nicht“

Mit diesem Schwindel sollen Lehrlinge um ihren Hungerlohn betrogen werden!

Welche Selbstläuter die Profingier des Unternehmers treibt, zeigt am deutlichsten die Maschinenfabrik S. Pasche in Freiberg, Bahnhofstraße. Der Betriebsrat der etwa 70 Mann starken Belegschaft ist strenger SPD-Mann. Die Lehrlinge, die in diesem Betrieb ungeheuer ausgebeutet werden, erhalten im letzten Jahre einen Wochenlohn von 7 Mark. Um sich nun sogar von der Lohnzahlung an die Lehrlinge drücken zu können, wurde kürzlich einer von diesen jungen Leuten mit der Bemerkung, daß Rußland nicht bezahlen könne, entlassen und ihm die Auszahlung des Restlohnes in Höhe von 47 Mark verweigert.

Wie wir dazu feststellen, gehen die Geiler für die von der Firma Pasche hergestellten Rußlandlieferungen regelmäßig ein, und es ist lediglich ein Betrugsmanöver, was man hier bei den Lehrlingen versucht. Wie zu erwarten war, hat auch der reformistische Betriebsrat wieder nicht eingegriffen.

Lehrlinge, Jungarbeiter, zieht die Lehre aus dem Verhalten dieses Unternehmers und seines reformistischen Anstößes! Reist euch ein in den kommunistischen Jugendverband und kämpft unter Führung der RGO gegen Lehrlingenausbeutung und Lohnraub!

### Rüffet zum Reichserwerbslosen! ag!

Für den 7-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Für Einstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess! — Schließt das Kampfbündnis zwischen Betrieb u. Stempelstelle

### 35 Prozent Lohnraub

Katastrophale Folgen für den werktätigen Mittelstand!

Nach Mitteilungen des statistischen Reichsamtes wurden im November 1931 1215 neue Kontur- und 933 Vergleichsverfahren eröffnet, ungeachtet der wegen Massenmangels abgelehnten Anträge auf Kontureröffnung. In allen Fällen ist die Ursache der Rückgang des Konsums. Und dieser hat wiederum seine Ursache in der ständigen Einkommensverminderung durch Lohn-, Gehalts- und Unterhaltungsabbau.

Nach einer Statistik des VDSB betrug die bisherige Einkommensverminderung im Jahre 1931 35 Prozent, und zwar 10,5 Prozent Senkung der Tariflöhne plus 8 Prozent Senkung der über tariflichen Verdienste plus 12,5 Prozent durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit plus 4 Prozent Erhöhung der Kosten und Herabsetzung der Unterhaltung.

Wenn die von der Industrie geforderte Rückkehr zu den Löhnen von 1927 durchgeführt werden soll, was die Werttätigen unbedingt durch Streikämpfe verhindern müssen, dann würde das einen weiteren Lohnraub von 20 Prozent bedeuten. Die Auswirkungen auf den gewerblichen Mittelstand würden nach den bisherigen Ergebnissen nicht minder katastrophal sein wie für die betroffenen Schichten der Hand- und Kopfarbeiter.

### Roter Wallieg bei Elektrometall in Stuttgart-Linnthal

Bei Elektrometall, Stuttgart-Linnthal, fand vor einigen Tagen die Neuwahl des Betriebsrates statt. Im Vorjahr sind fünf SPD-Leute und ein Kommunist gewählt worden. Bei der jetzt stattgefundenen Wahl erhielt die rote Einheitsliste 109 Stimmen und vier Siege und die SPD-Liste 48 Stimmen und zwei Siege.

Das ist ein guter Auftakt für die allgemeinen Betriebsratswahlen.

### Streik in SPD-Druckerei

In Kottbus ist die Belegschaft der SPD-Druckerei, in der die verächtliche sozialfaschistische „Märkische Volksstimme“ gedruckt wird, in den Streik getreten. Die Arbeiter dieser SPD-Druckerei sind gezwungen, gegen einen unerhörten Lohnabbau zu kämpfen, der ihnen die Existenzmöglichkeit rauben würde.

brächen statt. In der Verhandlung mit dem Personaldirektor Fischer brachte dieser zum Ausdruck, daß der Vorstand bereit sei, Kündigungen, die eine unbillige Härte bedeuten, in beschränkter Zahl zurückzunehmen. Müller, der es abgelehnt hatte, an den Entlassungen mitzuarbeiten, stellte den Antrag, die Entlassungen grundsätzlich abzulehnen, aber wegen des Härteparagrafen mit der Direktion zu verhandeln. Der Arbeiterrat und auch die Betriebsversammlung lehnten diesen Antrag ab und besaßen darauf, daß alle Kündigungen zu Unrecht ausgesprochen worden seien.

Zeit sollte nun die Arbeit der Unternehmerrache Kurpat und Müller ein mit dem Erfolg, daß nicht etwa die Kündigungen der Kollegen mit 3 und 4 Kindern, sondern die der Bedingten aufrecht erhalten wurden. Mit dieser Handlungsweise haben die Bonzen bewiesen, daß der Vorwurf, die Entlassungsliste sei von dem Dreigestirn Förster-Kurpat-Müller aufgestellt, zu Recht besteht. Man will die RGO treffen, um bei der nächsten Betriebsratswahl besser als in vergangenen Jahren abzuschneiden.

Das ist ein Auschnitt aus dem Angriff der 700 000 vom



# Rund um den Erdball

Erschütternde Gerichtsverhandlung um den Mordparagraf 218

## Abtreibung „kostete es was es wollte“

Und es kostete das Leben eines sechzehnjährigen Landarbeitermädchens

Berlin, 8. Dezember. Immer wieder tauchen aus der ungeheuren Zahl der Opfer des Paragrafen 218 einzelne Tragödien von düstersten Farben in den Gerichten auf. Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Köhmer, dem Schwager des fathollischen Justizministers Schmidt, wurde gestern in Berlin die Näherin, Helene K., wegen gewerbmäßiger Abtreibung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und fünf Jahren „Ehrenverlust“ verurteilt. Die Verhandlung selbst drehte sich eigentlich um eine Tote.

Da fuhr vor mehr als einem Jahr der robuste Schmiedemeister P. und die knapp 16jährige Gerda G. von Liebenwalde nach Berlin. Der Schmied hatte das Mädchen mitgebracht. Sie war im sechsten Monat schwanger. Heimlich führten sie, denn P. ist verheiratet und dazu ein rüchichtsloser Spieler. Der Schmied fürchtete wohl auch Gerdas Eltern, die acht Kinder haben und im größten Elend leben.

Gerda wußte durch ihre Freundin S., die Adresse einer „weisen Frau“ im Berliner Norden. Diese Freundin, eine Hausangestellte, hatte schon zuvor an sich selbst eine Abtreibung vornehmen lassen. Die S. hat bereits ein taubstummes schwachinniges Kind, für das sie von ihrem monatlichen Verdienst von 30 Mark — 15 Mark abführen muß.

Wie in der Verhandlung zur Sprache kam, bestand der Schmied auf die Abtreibung „kostete es was es wollte“. Mit

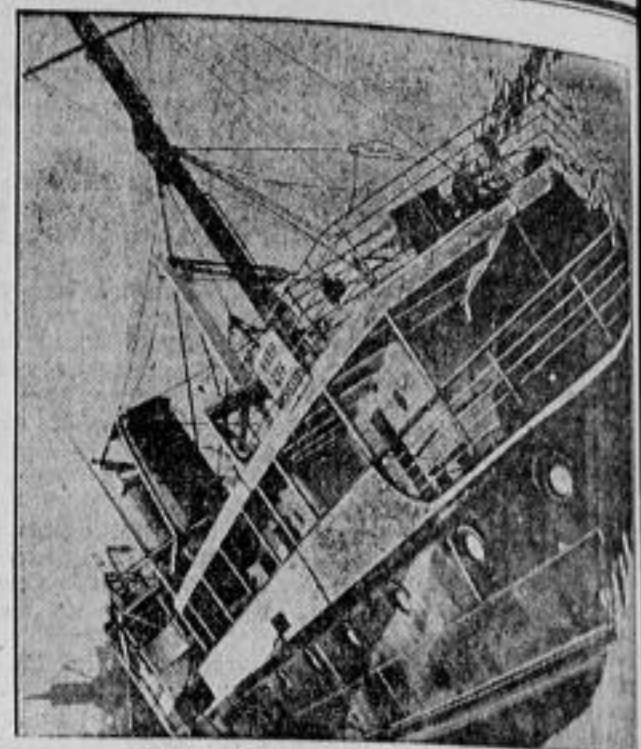
einem langen Rohr und Seifenwasser wurde das Mädchen dann von der „weisen Frau“ „behandelt“. Der Berliner Arzt P., zu dem sie sich sofort nach diesem Eingriff begab, lehnte jeden Eingriff kategorisch ab.

So brach Gerda bei ihrer Rückkehr nach Hause im Chausseegraben zusammen, schrie und wimmerte vor Schmerzen. Sie wurde ins Krankenhaus überführt, wo sie von Schüttelfrost gepackt wurde, daß, wie der Arzt aussagt, „nicht nur das Bett, sondern das ganze Krankenzimmer bebte.“

Wer weiß, vielleicht hatten schon andere, als die „weise Frau“ Gerda zuvor „helfen“ wollen! Da wurde von den fürchterlichsten Abtreibungsmitteln gesprochen. Der kleinen Gerda soll einmal geraten worden sein, Schmierseife mit Brot zu essen; so starb die knapp 16jährige mit spitem magerem Gesicht und vollkommen vergiftetem Körper.

Und dann stehen in der Verhandlung sechs Ärzte, wovon einer sogar Universitätsprofessor ist, mit ihren gelehrten Gutachten da. Gerda aber ist tot! Der Universitätsprofessor redet fortwährend von „verbrecherischem“ Eingriff. Aber als Gerda lebte und weinend um Hilfe bat, half ihr kein Arzt.

Von den Zeuginnen, die vom Land kommen und vortreten, sind fast alle schwanger. Verarbeitet, schlecht genährt, mit sorgenvollen Gesichtern. Schwanger in ihrem Elend! Der Paragraf 218 aber mordet weiter.



Eigenartiger Schiffsuntergang

Im Hafen von Heysham in England geriet vor einigen Tagen ein Personendampfer kurz vor der Anreise in Brand. Die Passagiere konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Nachdem das Feuer 24 Stunden lang gewütet hatte, legte sich der Dampfer auf die Seite und versank.

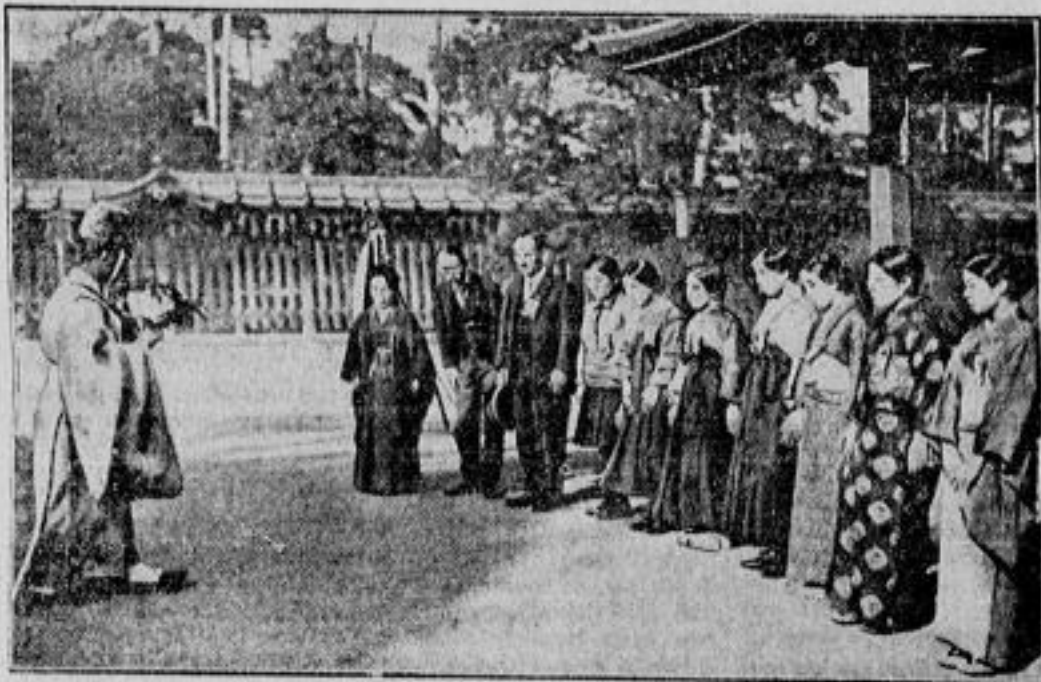
## Doppelfelbstmord . . .

. . . aus Furcht vor dem Gefängnis

Frankfurt a. M., 8. Dezember. In Frankfurt am Main wurden der arbeitslose 26jährige Gärtner K. Wäßer und ein 19jähriges Mädchen mit einer Vergiftung aufgefunden. Der Mann war tot, das Mädchen wurde in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Der Gärtner hatte voriges Jahr auf seine Frau die Schüsse abgegeben und sie schwer verletzt. Er wurde damals zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Frau sollte er jetzt antreten.

Er beschloß darauf, mit dem jungen Mädchen, mit dem seit längerer Zeit zusammenlebte, in den Tod zu gehen.



Bordellmädchen für die japanische Etappe

Selbst die jungen japanischen Mädchen, die für die Soldatenheime der Etappe in der Mandchurie bestimmt sind, erhalten vor ihrer Abreise in Tokio den Segen der japanischen Kirchenbönzen.

Immer neue Versicherungsschwindeleien

## Der Trick des Edelsteinhändlers

Ein Arbeitsloser muß seinen Koffer stehlen

Er ließ seinen Koffer auf Bestellung stehlen

Wforzheim, 8. Dezember. Vor einigen Wochen zeigte ein hiesiger Edelsteinhändler an, daß ihm auf der Strecke Heidelberg-Wforzheim sein Reisekoffer mit Steinen im Werte von 20 000 Reichsmark gestohlen worden sei. Die Versicherung zahlte dem angeblich Verstorbenen 12 500 Reichsmark aus, ließ aber gleichzeitig Ermittlungen anstellen.

Auf Grund des Ergebnisses wurde der Edelsteinhändler verhaftet. Nach dreiwöchiger Untersuchungshaft hat er jetzt zugegeben, daß er den Diebstahl erdichtet habe. Er hatte einen jungen Erwerbslosen mit Versprechungen überredet, den Koffer zu „stehlen“. Selbstverständlich wird das bürgerliche Gericht die „ganze Schwere des Gewichtes“ auf die Häupter beider „Sünder“ niederzulassen lassen. Denn, daß der jugendliche Erwerbslose aus Not den Überredungskünsten seines Verführers nachgegeben hat, braucht dieses Gericht nicht groß zur Kenntnis nehmen.

## Lebende Mäuse . . .

. . . letzte Modeblödsinn der Londoner „Damen“

London, 8. Dezember. Die Londoner „Damen“ der sogenannten ersten Gesellschaft haben in ihrer gelangweilten Blasphemie etwas Neues gefunden. Das Lieblingstier der „vornehmen Dame“ ist nicht mehr der drahthaarige Terrierhund, auch nicht die Angorafkatze, sondern — die Maus.

Es gilt jetzt als schick, in Gesellschaft Mäuse mitzubringen. An Stelle der Angst und Abscheu vor diesen Tieren tritt also nunmehr eine ganz besondere Zuneigung. In England fand eine „Internationale Mäuseschau“ statt, und es wurden hier Mäuse in allen Farben — also nicht nur graue und weiße, sondern auch — blaue, schwarze, rote, ja sogar bunte Mäuse vorgeführt.

Die Mäusezucht soll nunmehr bedeutenden Umfang annehmen, denn die Damen der Gesellschaft beschaffen sich kleine Mäuschen, jeweils in der Farbe ihres neuesten Kostüms, ihres

Abendkleides gehalten. Das allein würde noch die Nachfrage nach Mäusen nicht überwältigend gestalten. Aber es werden nunmehr Mäusesellen auch zu industriellen Zwecken verwendet. Handschuhe, Plüsch, kleine Decken, Kindermäntel werden aus Mäusesellen angefertigt.

## Zugkatastrophe in Prag

Auf dem Bahnhof Smichow fuhr ein Personenzug auf den Freilhof auf und entgleiste. Zwei Personen wurden schwer und dreißig leicht verletzt. Das Unglück wird auf die Risse zurückgeführt, die die Bremsvorrichtung unwirksam machte.

## Die Sprache verloren

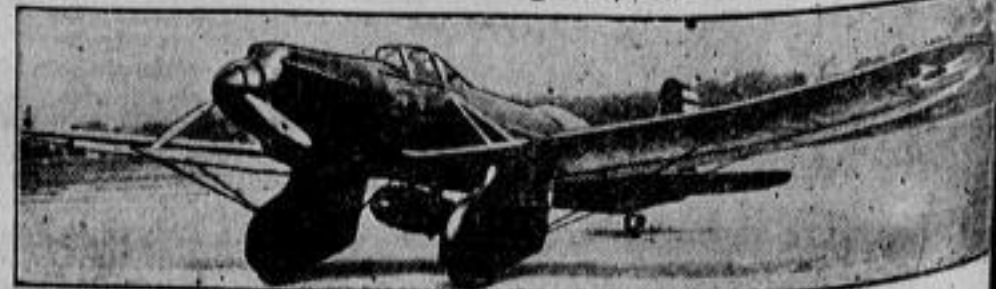
In Pörsberg stürzte ein Fensterputzer nach einer geschäftlichen Auseinandersetzung mit einem Ladenbesitzer bewußtlos zusammen. Als er wieder zu sich kam, konnte er nicht mehr sprechen.

## Von der Zugspitze abgestürzt

Der Dekonom des Münchener Hauses auf der Zugspitze, Anselm Bart, ist gestern Nacht abgestürzt und dabei tödlich verunglückt. Die Leiche ist zu Tal gebracht worden.

## Kampfflugzeug mit sechs Maschinengewehren

Um den „ernsten Willen zur Abrüstung“ zu dokumentieren, hat Amerika jetzt ein neues Kampfflugzeug gebaut, speziell als Angriffsmaschine gegen einzelne Truppenkörper. Die Maschine erreicht eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 300 Stundenkilometern und ist mit sechs Maschinengewehren und verschiedenen Bomben bewaffnet.



## EIN POLITISCHES DOKUMENT VON HÖCHSTER BEDEUTUNG

Genosse Ernst Thälmann über die Beschlüsse der Partei, die theoretische und praktische Arbeit der Partei an Hand der Beschlüsse, seine kritische Stellungnahme, und die Wege, wie die vorhandenen Schwächen, Mängel und Fehler überwunden werden müssen

In der Doppelnnummer November/Dezember

Trotz doppeltem Umfang alter Preis: 40 Pfennig

Lesen und werben!



Beim nächsten Postamt bestellen Der schnellste und billigste Weg

## Selbstmord im Untersuchungsgefängnis

Der Volksschullehrer Laudan aus Helldorf wurde im Herbst dieses Jahres unter dem dringenden Verdacht, sich an Schullindern vergangen zu haben, verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis Neustrelitz geführt. Nunmehr hat er in der Nacht im Untersuchungsgefängnis seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

## Raubüberfall auf eine Kreissparkasse

In dem Ostseebade Rauschen fuhr am Sonnabend drei Männer in einem Auto vor der Kreissparkasse vor und drangen in den Kassentraum ein. Mit vorgehaltenen Revolver forderten sie die Herausgabe des Geldes. Augenblick waren jedoch nur 200 Mark zur Hand, die gerade der Lehrling eingekassiert hatte. Dieses Geldes bemächtigten sich die Räuber und ergriffen die Flucht.

## 411 Kilometer in der Stunde

Der amerikanische Hauptmann Hawks legte am Montag seinem Flugzeuge die 728 Kilometer lange Strecke von Cleveland in Ohio nach New York mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 411 Kilometer zurück.